

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 13	Erscheint alle Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1.50 pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17. Fernspr. III, 8622.	Hamburg, Sonnabend, 26. März 1910.	Anzeigen kosten die viergespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfennig (bei Vortrag ist stets vorher einzulassen). Verbands-Anzeigen 20 Pfennig die Zeile.	24. Jahrg.
--------	---	---------------------------------------	--	------------

Kollegen! Zur Durchführung des Tarifs bedarf es der Mitarbeit aller Kollegen! Sorgt für die Stärkung unseres Verbandes, tretet überall in die regste Agitationstätigkeit ein, erfülle jeder seine Pflicht!

An den Frühling!

Und wenn du kommst mit deinen Sturmeschören,
Mit deinen Adlerkrallen, die das Tote
Jäh niederreißen von den schwarzen Stämmen,
Dann, Landbefreier muß ich auf dich hören.

Wie die Gefänge in den Wipfeln rauschen!
Ich liege schlaflos in der dunklen Nacht
Und fühle, wie mein Leben neu erwacht
Und meine Sinne freudig auf dich lauschen.

Dann strömt der Regen nieder auf mein Haus
Wie Wolkenbruch — und Stunden so auf Stunden
Mit deiner Furiesfaust schlägst du die Wunden
Und wäschst sie dann mit milden Wässern aus.

Denn was du willst, ist Leben und nicht Tod;
Aus allen Wunden werden Zweige sprießen
Mit weißen Blüten und mit Früchten rot,
Daß wir uns freuen und die Frucht genießen.

Du bist die Hoffnung, die dem jungen Saft
Den Weg befreit, daß er nicht fault und stockt,
Die ihn zum frischen, frohen Bauen lockt;
Du bist die Sehnsucht und du bist die Kraft.

Du bist der Osterglaube, der nicht stirbt,
Ob auch Jahrtausende zu Asche fallen,
Der Sonnenadler, der mit seinen Krallen
Um freie Bahnen für das neue wirbt.

Ja, wenn du kommst mit deinen Sturmeschören,
Dann singt's in mir von blütenschönen Zeiten
Und von der Lust, die Früchte zu erstrecken . . .
Wie arm sind jene, die nicht auf dich hören!

Ernst Preczang.

Der neueste sozialpolitische Kurs.

Der eigentliche Vertreter der Sozialpolitik im deutschen Reich ist augenblicklich der Staatssekretär des Innern, DeLbrück, der Nachfolger Bethmann Holweg's, der seinerseits wieder Posadowsky abgelöst hat. DeLbrück ist in sozialpolitischer Beziehung noch ein unbefriedigtes Blatt, weshalb es auch unsre Kollegen interessieren dürfte, einmal mit seinen eignen Worten zu hören, wie er sich die Entwicklung denkt. Der Staatssekretär führte im Reichstage folgendes aus: „Es liegt nicht in meiner Absicht, ein Programm zu entwickeln. Eines solchen bedarf es auch nicht. Die Ziele, die das Reichsamt des Innern mit jahrelanger Konsequenz verfolgt hat und weiter verfolgen wird, liegen jedermann klar zutage. Und die Bahnen, auf denen zu diesem Ziele gestrebt werden muß, sind im allgemeinen so fest abgesteckt, daß kein Staatsmann, möge er einer Partei angehören, welcher er wolle, von seiner Stelle aus den Versuch machen könnte, aus diesen Bahnen herauszuweichen. Aber trotzdem ist es vielleicht nicht ohne Interesse, wenn ich in dem Augenblick, wo ein neuer Mann an dieser Stelle zum ersten Male den Staat zu vertreten hat, kurz die Frage: Woher und wohin in der Fahrt? in wenigen Sätzen erörtere. Vielleicht ist es schon deshalb zweckmäßig, eine allgemeine Betrachtung davon zu knüpfen, weil es in der Natur unsrer politischen Entwicklung liegt, daß wir mit einer Fülle politischer und gesetzgeberischer Details belastet sind, daß in dem Kampf über diese Einzelheiten Licht und Verständnis

für die allgemeinen Ziele verloren geht, die uns alle die verbündeten Regierungen und die Mehrzahl der Parteien des Hauses, nicht trennen, sondern verbinden. Ich bitte bei der Frage: Woher und wohin der Fahrt? mit wenigen Worten etwas weiter auszuholen zu dürfen. Mit der Errichtung des Deutschen Reiches hat für Deutschland eine Zeit ihren Abschluß gefunden, die ausgefüllt war mit politischen Idealen. An deren Stelle ist dann eine Periode wirtschaftlicher Kämpfe getreten und eines der Kennzeichen dieser wirtschaftlichen Kämpfe ist ein ausgeprägt sozialistischer Zug, ein Zug der Konzentration aller wirtschaftlichen Kräfte zur gemeinschaftlichen Verfolgung ihrer Ziele. Dieser Zug der Konzentration ist so stark gewesen, daß er nicht nur unsrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, sondern auch unsrer Wirtschaft, unsrer ethischen und ästhetischen Entwicklung das charakteristische Gepräge gegeben hat. Für die Orientierung unsrer inneren und insbesondere unsrer wirtschaftlichen Politik im Laufe der letzten Jahrzehnte sind zwei Momente maßgebend gewesen, die hochgespannte Entwicklung von Handel und Industrie und die völlige Veränderung unsrer internationalen und nationalen Verkehrsbeziehungen. Die Veränderungen, die sich auf diesem Gebiete vollzogen haben, sind so tiefgreifend gewesen, daß beinahe kein Gebiet unsrer Politik und unsres wirtschaftlichen Lebens davon unberührt geblieben ist. Und die Wirkungen auf die anderen Gebiete sind so stark gewesen, daß beispielsweise in der Gesetzgebung dieses Hauses ganz andre

Frage Jahrzehnte hindurch dominiert haben. Die Momente für die Orientierung unsrer inneren Politik im Laufe der letzten 25 Jahre liegen in den 70er Jahren. Und zwar meldete sich zuerst als Konsequenz unsrer zunehmenden industriellen Entwicklung die soziale Frage, die Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Sorge für wirtschaftliche und soziale Selbständigkeit, die Hebung unsres Arbeiterstandes haben die Gesetzgebung des Reiches durch Jahrzehnte beherrscht. Die Aufgaben, die wir auf diesem Gebiete gelöst haben, sind groß gewesen. Abgeschlossen ist diese Entwicklung noch nicht. Am verderblichsten aber und für den Volkswirt und Gesetzgeber am unbequemsten hat die Industrialisierung und die Entwicklung unsres Handels eingewirkt auf die Schichten, die von rechts und links vertrieben wurden, den sogenannten Mittelstand. Ich verstehe darunter den selbständigen gewerblichen Mittelstand, an dessen Erhaltung jedem wahren und ernsten Politiker viel gelegen sein muß. Infolge dessen hat uns die Mittelstandspolitik bisher hier im Hause ebenso wie in den Parlamenten der Einzelstaaten ernsthaft beschäftigt und wird uns noch manche schwer lösbare Aufgaben bieten, weil wir nicht in der glücklichen Lage sind, die bestehenden Zustände, die von rechts und von links angegriffen und aufgelöst werden, nach Möglichkeit den neuen Verhältnissen entsprechend weiter zu entwickeln.

Von allen Fragen, die uns in den letzten Jahrzehnten beschäftigt haben, hat keine einzige eine so gewaltige Stoppkraft entwickelt, als die, welche wir gemeinsam mit

dem Begriff „Sozialpolitik“ umfassen. Das hat seinen Grund nicht allein darin, daß die unmittelbar beteiligten Klassen, die Arbeiter, es verstanden haben, sich innerhalb und außerhalb dieses Hauses eine entschlossene und wirkungsvolle Vertretung zu schaffen, sondern darin, daß über diese Kreise der Arbeiter hinaus große Parteien dieses Hauses diesen Bestrebungen ein besonderes und dauerndes Interesse gewidmet haben. Das deutsche Volk hat eigentlich die Summe seines ganzen Idealismus hineingelegt. Nicht der Fachpolitiker allein beschäftigt sich augenblicklich in Deutschland mit den sozialen Fragen, sondern der sozialistische Zug, von dem ich sprach, geht durch unsere Wissenschaft, durch unsere Literatur und Kunst. Überall finden wir denselben Drang, um einen etwas trivialen Ausdruck zu gebrauchen, Sozialpolitik zu treiben. So lange das deutsche Volk seinen Idealismus auf diese Fragen konzentriert, wird niemand daran denken können, unserer Sozialpolitik andre Richtlinien und ein wesentlich andres Gepräge zu geben, als sie es heute hat. Allerdings wird man fragen: haben die Mittel, die wir aufgewendet haben, denn nun überall die Folgen gezeitigt, die wir erwartet haben? Werden wir im Laufe der Zeit auch diese Frage von andern Gesichtspunkten auffassen? Es ist hierüber viel geschrieben und gesprochen worden. Was wir allein auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung geschaffen haben, und demnächst schaffen werden, geht weit über das hinaus, was andre Länder zu leisten imstande gewesen sind, nicht bloß in bezug auf ihre gesetzliche Forderung, sondern auch mit Rücksicht auf die Opferwilligkeit des Volkes, auf die Opferwilligkeit aller beteiligten produzierenden Stände. Aber das muß gesagt werden: Alle diese Erfolge, die gewiß namentlich nach ihrem materiellen Maßstabe außerordentlich groß sind, haben eine Aufgabe nicht gelöst. Es ist uns nicht gelungen, die tiefe Kluft zu überbrücken, die die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Jahrzehnte gerissen haben, und die das deutsche Volk zu seinem Schaden in zwei Teile teilt. Wir werden bei allen sozialpolitischen Aufgaben, die wir in die Hand nehmen, bei allen neuen Versuchen, sozialpolitische Probleme zu lösen, uns stets bewußt sein müssen, daß unsere Handlungen und Entschlüsse geleitet sein müssen von der Tendenz, zusammenzuführen und nicht zu erzürnen. Diese Trennung, die die sozialpolitischen Kämpfe uns gebracht haben, wird vielleicht erst einmal in einer späteren Zeit in ihrer Bedeutung ermeßen werden. Wir werden und wollen nicht vergessen, daß es nicht die Sorge für das materielle Wohl allein ist, die ein großes Volk zu beschäftigen hat, sondern wir müssen uns gegenwärtig halten, daß ein großes kulturbeladener Menschheit hat, die zu wahren und zu hüten seine Aufgabe ist, daß dies aber nur möglich ist, wenn es gelingt, das ganze Volk in allen seinen Kreisen um diese unergänzlichen Bestreuer zu führen.

Ich habe vorhin schon angedeutet, daß die Förderung des Mittelstandes die schwierigste Aufgabe ist, eine Materie, an die wir nur mit einem gewissen Herzklopfen herangehen, nicht weil wir keine Lust für diese Frage hätten, sondern weil es sich hier um Dinge handelt, die weniger der technische Gesetzgeber ergreifen kann, als die Verwaltung der Einzelstaaten. Ich glaube im Hause Zustimmung zu finden, wenn ich sage, daß das, was auf dem Gebiete der Mittelstandsförderung geschehen kann, in allererster Linie der Fürsorge der Bundesstaaten unterliegt. Immerhin werden wir zusammen bestrebt sein müssen, auf diesem Wege weiterzugehen und uns immer klarer vor Augen zu halten, daß der Bestand eines großen Staates wesentlich davon abhängt, daß es gelingt, diesem Staate einen leistungsfähigen, selbständigen Mittelstand zu erhalten.

Wenn man unbefangenen die Tätigkeit der Reichsregierung und speziell meiner Amtsvorgänger betrachtet, so muß man unbefangenen zugeben, daß, wenn auf allen diesen Gebieten eine gewisse Stetigkeit des Fortschreitens festzustellen gewesen ist, das dem Umstand zu verdanken war, daß die verblüdeten Regierungen sich ihrer verfassungsmäßigen Pflicht stets bewußt gewesen sind, die Gesamtheit ihrer Aufgaben mit Ihnen zusammen zu lösen und ihre Bestrebungen immer wieder zusammen zu fassen auf das eine Ziel der ruhigen, gleichmäßigen Entwicklung unserer wirtschaftlichen und handelspolitischen Verhältnisse im deutschen Vaterlande. Ich werde bestrebt sein, die Wege zu wandeln, die meine Amtsvorgänger gewandelt sind. Ich werde bemüht sein, auf allen den Gebieten, die ich hier gestreift habe, die Schwerkraft aus allen Parteien dieses Hauses zu konzentrieren und zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammen zu fassen. Ich kann das freilich nur, wenn von allen Seiten anerkannt wird, daß die verblüdeten Regierungen bestrebt sind, die Stetigkeit unseres gesamten politischen Lebens zu erhalten, und daß jeder, der an einer konstanten und sicheren Entwicklung unserer Verhältnisse interessiert ist, bestrebt sein sollte, diesen Schwerpunkt, der in der verfassungsmäßigen und historischen gewordenen Stellung der verblüdeten Regierungen liegt, nicht zu verschieben, sondern zu erhalten. Das kann nur geschehen, wenn von allen Seiten den verblüdeten Regierungen die Mithilfe nicht versagt wird, wenn neue Forderungen gestellt werden, nicht um irgend welchen politischen Phantomen nachzugehen, und wenn wir der innerpolitischen

Entwicklung dienliche Selbständigkeit geben, die uns befähigt zu neuer wirtschaftlicher Arbeit, ohne materielle und ideale Werte zu zerstören, die wir aus Vergangenheit übernommen haben und die wir verpflichtet sind, am Leben zu erhalten, solange sie am Leben zu erhalten sind.

Wenn man's so hört, möchte's leidlich klingen, kann man mit dem Dichter sprechen. Geht man aber dem Wortgeklänge auf den Grund, so merkt man bald, daß nichts dahinter steckt. Und woher sollte auch Herr Delbrück seine Kenntnis vom wirtschaftlichen Leben und von der Welt der Arbeiter haben? Er ist Diplomat und Bureaufkrat — das besagt alles. Zwei Richtlinien seiner Sozialpolitik treten wesentlich zutage: die Sorge für die Interessen des Kapitalismus und das Bösen auf eine bürokratische Reglementierung. Daß dabei die von ihm so hochgepriesenen Kulturgüter in die Brüche gehen, merkt er nicht einmal. Da hat denn wohl die „Soziale Praxis“ Recht, wenn sie den neuesten Kurs in der Sozialpolitik mit folgenden Sätzen kritisiert: „Weitläufig verbreitet ist die Meinung, an die Stelle der zielbewußten Sozialreform wieder eine sentimentale Wohltätigkeit oder eine verschwommene Wohlfahrtspflege zu setzen. Und wo es sich um sozialpolitische Gesetze handelt, da kommt man vor lauter Bedenken und Sorgen nicht zur entschlossenen Tat. Man preßt es als große Aufgabe, die mächtige Arbeiterbewegung einzugleichen in den modernen Staat, und bei den Arbeitskammern schließt man grundsätzlich die Führer dieser Bewegung aus. Man häuft Material auf Material, macht Verpflichtungen, und wenn, wie in Sachen der Pensionsversicherung und der Privatbeamten, die Frage gestellt wird, zuckt man mit den Achseln und hat tausend Zweifel und Bedenken. Den Arbeitgebern erklärt man, ihren Forderungen solle in der Reichsversicherungsordnung stattgegeben werden; wir hören aber nichts davon, daß die Forderungen der Arbeiter auch berücksichtigt werden. Und dem Verlangen nach Lohnmännern in der Heimarbeit setzt man ein schroffes Nein entgegen. Den paritätischen, gemeinnützigen Arbeitsschlichter fördert man mit der rechten Hand, die linke weiß aber nichts davon, wenn die Unternehmer den Arbeitsschlichter als Waffe ausnehmen. Man hat freundliche Worte für das Koalitionsrecht der Arbeitgeber, schweiget aber, wenn den Arbeitern und Privatbeamten dasselbe Recht verweigert wird.“

Diese traurige Wirklichkeit sitzt ganz bedeutend ab von der Schönebühne des Herrn Delbrück. Zum Glück lassen sich denkende Arbeiter durch den Phrasenbrei der Regierungssente ihre Ohren nicht mehr verkleistern. Sie wissen, daß die Sozialpolitik in Deutschland auf dem toten Punkt angelangt ist, der nur durch starke Arbeiterorganisationen überwunden werden kann.

Der Zweck der Organisation.

Früher wie in den letzten Jahren konnte neuer infolge günstigerer Witterung in die neu beginnende Geschäftsjahresperiode eingetreten werden. Damit ist aber auch für uns wieder die Zeit gekommen, wo mit frischem Mut und neuer Kraft die Agitation für die Ausbreitung und Stärkung unseres Verbandes überall wieder aufgenommen werden muß. Die letzten Tarifverhandlungen haben uns nur zu deutlich gezeigt, wie groß die Schwierigkeiten sind, allgemeine Verbesserungen für die wirtschaftliche Lage unserer Berufscollegen durchzuführen, wenn immer noch ein so großer Teil teilnahmslos, gleichgültig oder gar feindlich uns in den eigenen Reihen gegenübersteht. In diesem Punkte müssen diejenigen, die mit dem Ergebnis der Tarifbewegung unzufrieden oder nicht einverstanden sind, die ausschlaggebenden Gründe suchen, soweit keine besseren Resultate erzielt werden konnten. Wenn viele Tausende Kollegen noch immer nicht den Wert und die Notwendigkeit einer starken, geschlossenen Organisation begriffen haben, wenn organisationschädigende Bestrebungen sich hier und da bemerkbar machen und Mißtrauen in die Reihen der Mitglieder getragen wird, so rächen sich solche bedauerlichen Zustände schwer an den Arbeitern selbst, da das organisierte Unternehmertum es wohl versteht, jegliche Schwäche und Uneinigkeit der Arbeiter für sich auszunutzen. Darum ist es besonders jetzt unsere wichtigste Aufgabe, wo viele Hunderte junger Kollegen in den Kampf um das Dasein eintreten, sofort mit der Agitation zu beginnen, Aufklärung zu verbreiten, auf die Notwendigkeit und den Zweck der Organisation hinzuweisen. Mag auch mancher Kollege vielleicht einwenden, daß einem jeden Gewerkschafter Notwendigkeit und Zweck der Organisation längst bekannt ist, so ist das wohl zutreffend, doch hat eine Arbeiterorganisation auch noch andere Aufgaben zu erledigen. Dazu gehört außer ihrer vornehmsten Aufgabe, für die Berufsangehörigen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beschaffen, dem Druck des Unternehmertums ein geschlossenes Ganzes entgegenzusetzen und die Mitglieder durch entsprechende Einrichtungen in Notfällen zu stützen und zu schützen, vor allem auch die Aufklärung und Volksbildung.

Jeder Arbeiter kennt aus eigener Anschauung das Volksschulwesen, er weiß, wie un-

gemein mangelhaft es in dieser Hinsicht noch im „teuren“ Vaterlande ausbleibt. Die bestehenden Klassen und deren Beauftragter, die Regierung, sind eifrig bemüht, alle Aufklärung und Wissenschaft, jeden aufstrebenden Geist von den Kindern des arbeitenden Volkes in den Schulen fern zu halten. Das Volk soll nicht allzu schlau werden. Es könnte durch das erlernte Wissen sehr leicht ein Faktor werden, der dann am Fortbestande des heutigen „gottgewollten“ Staatwesens nicht mehr das nötige Interesse findet. Es wäre auch so dann in der Lage, der heute herrschenden Klasse ihre Sünden am Volke vorzuhalten und energisch auf Durchführung eines besseren, gerechten und vernünftigen Zustandes zu bringen. Der höher entwickelte Geist des Arbeiters zeigte diesem auch in scharfsinnigen Skizzen das, was er zu tun hat, um die ihn einengenden Schranken zu beseitigen und der Arbeiterklasse zu dem ihr vorenthaltenen Rechte zu verhelfen.

Hier muß vorgebeugt werden. Und deshalb erblickt die bestehende Klasse gerade in der Volksschule das passende Instrument, das arbeitende Volk auch weiterhin in der allhergebrachten Knechtschaft zu erhalten. In einem wirklich freiheitlichen Staate wäre doch wohl vor allem nötig, daß die Kinder in der Volksschule geläufig und richtig reden, rechnen, schreiben und lesen lernen, in Naturgeschichte, Raumlehre, Völker- und Länderkunde und sonstigen Lehrfächern umfassend unterrichtet würden. Was geschieht aber in dieser Hinsicht? Rechnen, Lesen und schreiben lernt das Proletariatkind allerdings, jedoch in völlig unzureichendem Maße. In die sonstigen Lehrfächer aber werden die Kinder des Volkes in derartig mangelhafter Weise eingeführt, daß das einfach ein Trauerspiel genannt werden muß.

Sinngewandter aber wird in der Volksschule wahrhaft „Großes“ hinsichtlich der Religionslehre gelehrt. Darunter versteht man vor allem das wohllose Einpaulen recht vieler und langer Kirchenlieder und das Memorieren unzähliger Bibelprüche. Man trifft Kinder an, die kaum die Anfangsgründe der Grammatik begriffen haben, jedoch in der Bibel und im Katechismus bereits beinahe wie ein Theologe bewandert sind.

Neben diesem umfangreichen sogenannten Religionsunterricht nimmt im Unterrichtsplan der Volksschule noch ein anderes Thema einen unüberhältnismäßig breiten Raum ein. Das ist die sogenannte Geschichte des Vaterlandes, wobei es darauf ankommt, dem Volke vor allem recht viel sogenannten Patriotismus beizubringen.

Das ist der Grundsatz der bestehenden Klasse. Nach ihrer Anordnung soll der Religionsunterricht in den Volksschulen die Hauptrolle spielen. Das Arbeiterkind soll in Demut zu irdischer Nichtigkeit und frommer Gottesfurcht erzogen werden. Es soll gegen etwaige spätere unabhängige Umwandlungen, die leicht zum Aufstehen gegen die „von Gott gewollte Ordnung“ anstacheln könnten, gefeit werden. „Sie wissen, dußt er da, folgt er in anderen Dingen auch.“

Zu dieser „religiösen“ Jugendzucht muß nun noch selbstverständlich der Unterricht in was man „Patriotismus“ kommen. Die Geschichte des Vaterlandes, das heißt vor allem die Daten der Kriege und Schlachten müssen dem Kinde vollkommen geläufig werden. Hinzu kommt die Genealogie des angefallenen Herrscherhauses. Hier muß das Kind jeden Geburts- und Todestag gekrönter Häupter wie am Schächtchen aussagen können und es erfährt dann noch, daß sämtliche Vorfahren des Herrscherhauses als Ausbunde aller Tugenden gelebt und in größter Selbstaufopferung nur für das Wohlergehen „ihres“ Volkes gewirkt haben. . . .

Auf Grund dieser beiden Tendenzen glaubt man eben, ein ebenso dankbares wie willfähriges und bildmäuseriges Menschenmaterial zu beliebiger Ausbeutung für die modernen großkapitalistischen Interessen heranzubilden. Nicht etwa, daß man diese Tendenzen auch auf die höheren Schulen, in denen die Kinder der Besitzenden unterrichtet werden, übertrüge. Hier ist das Gegenteil der Fall. Ueber Religion spricht man nur wenig. Dem Bourgeoiskind wird nur in etwa die mosaische Schöpfungsgeschichte und der weitere Inhalt der Bibel so nebenher erzählt. Dagegen aber lehrt man hier wahre Wissenschaft. Hier wird die darwinistische Entwicklungslehre in allen ihren Feinheiten und zwingenden Beweisgründen gelehrt. Die natürliche und überzeugende Lehre von Entsetzen, Werden und Wechsel aller Wesen im weiten Weltensraum, vom ewigen Wechsel im immer wiederkehrenden Kreislauf der Natur — das ist das, was hier das Bourgeoiskind gelehrt wird. In der Volksschule aber immer noch das alte mosaische Schöpfungsmärchen von der Erschaffung der Welt durch überirdische Zauberkräfte in sechs Tagen. Oben Wahrheit, unten Irrtum. So will es die Staatsraison, die Sorge für das künftige Wohl der bestehenden Klassen.

Auch sonst wird in den Hochschulen auf jedem Gebiete versucht, das Bourgeoiskind mit der gesamten Wissenschaft unseres aufgeklärten Jahrhunderts zu versehen. Allhergebrachte Zeremonien sind in jenen Kreisen längst abgeschafft. Man trägt sie nur notgedrungen hin und wider zur Schau, um dem unwissenden Volke den gähnenden Kontrast nicht in so auffälliger Weise merken

zu lassen. Man hat ja ein so eminentes Interesse daran, daß der heutige moderne Lohnflabe im alten Geleise unwissend weiter tappt.

Einem solchen, jedem wahren Kulturstaat zuevidrigen Erziehungsmodus muß durch die arbeitenden Klassen mit allen Mitteln entgegen gearbeitet werden, vor allem durch eine zweckmäßige und zielbewusste Jugend-erziehung. Das allein genügt aber bei weitem noch nicht. Es handelt sich auch um die Generation, die schon jetzt in der Ferkmühle des Kapitalismus fronen und darben muß. Es heißt, auch dem erwachsenen Volke den Schleier der Unwissenheit von den Augen zu reißen.

Hier muß ganz energische Selbsthilfe einsehen. Dies aber ist am ersten möglich durch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft! Diese bildet ein vorzügliches Mittel, dem Arbeiter zu wahrer Aufklärung und Bildung zu verhelfen.

Wenn der Arbeiter sein Wissen bereichern will, dann muß er lesen, hören und sehen.

Lesen muß der Arbeiter sein Gewerkschaftsorgan und die politische Arbeiterpresse. Lesen muß er gute Bücher aus der Bibliothek, die sich jede Gewerkschaft, sofern sie nur einigermaßen die Mittel dazu hat, anschaffen muß. Und wo die einzelne örtliche Verwaltung zu schwach zu solchen Anschaffungen ist, da muß angestrebt werden, daß es durch die Gewerkschaftskartelle geschieht. So kann man dem Arbeiter die schönsten Perlen der Literatur zugänglich machen und ihm eine neue, bisher ungelante schöne Welt erschließen, die seinen Gesichtskreis erweitert und sein Wissen stärkt.

Hören muß der Arbeiter Vorträge, die ihm ebenfalls durch die Gewerkschaft zugänglich gemacht werden müssen. Dazu sind die Versammlungen da. Auch das gesprochene Wort trägt in hohem Maße dazu bei, den Arbeiter im Wissen vorwärts zu bringen und ihm auf vielen Gebieten neue Anregung zu geben.

Auch schauen muß der Arbeiter. Die Kunstausstellungen, Museen, Theater, wissenschaftlichen Experimentieranstalten usw. sind nicht nur für die Besitzenden da. Auch der Arbeiter ist Mensch, er hat ein Recht darauf, die kulturellen Fortschritte auf jedem Gebiete erkennen und begreifen zu lernen!

Zu allem diesem aber bietet die Gewerkschaft eine vortreffliche Handhabe. Was der einzelne nicht vermag, das kann die Masse erringen. Nicht nur im wirtschaftlichen Lohnkampf um bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch bei dem Bestreben, dem arbeitenden Volke die Wissenschaft in jeder Gestalt zugänglich zu machen.

Und überall sehen wir dieses Bestreben. Das Proletariat hat erkannt, warum ihm seitens der bestehenden Klasse die Wissenschaft vorenthalten wird. Es ist nunmehr bemüht, das, was an der Jugend gekündigt wurde, aus eigener Kraft im reiferen Alter wettzumachen. Ein Wahlanspruch des modernen, kämpfenden Proletariats lautet: „Die Befreiung der arbeitenden Klassen aus den Fesseln des Kapitalismus kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.“ Wir setzen hinzu: Es kann auch nur das Werk der Arbeiter selbst sein, wenn sie sich aus eigener Kraft aus den klavischen Fesseln der Unwissenheit und des Aberglaubens befreien.

Der Anfang ist gemacht. Ein guter Anfang. Die Wissenschaft marschiert nunmehr auch im Volke vorwärts. Aus eigener Kraft und vor allem unter der großen Mithilfe der Gewerkschaften. Wir begrüßen das mit hoher Freude. Wir wissen, und mit uns das gesamte denkende Arbeitervolk, daß Wissen Macht bedeutet, daß nur Bildung ein Volk wahrhaft frei macht.

Und nun weiter auf diesem bewährten Pfad! Fort und fort gestrebt dafür, daß dem arbeitenden Volke die Wissenschaft zugänglich gemacht wird. Auch dies ist der Zweck der Organisation!

Der Erde Glück, der Sonne Pracht,
Des Geistes Licht, des Wissens Macht,
Dem ganzen Volke sei's gegeben —
Das ist das Ziel, das wir erstreben!

Bedeutung und Wertschätzung der Industrie und Landwirtschaft in Preußen.

Die gegenwärtige Wahlrechtsbewegung in Preußen wirbelt eine Menge von Fragen auf, die mit der Repräsentation des preussischen Volkes in engstem Zusammenhange stehen. Eine der wichtigsten davon ist das Verhältnis zwischen Stadt und Land in ihren Beziehungen zur Volksvertretung. Sie kommt vor allem zum Ausdruck in der Wahlkreis-einteilung, die von den herrschenden Parteien einschlechtig der Regierung mit allen Mitteln künstlich aufrechterhalten wird. Diese Wahlkreiseinteilung stammt aus dem Jahre 1858. Schon damals war sie auf eine Begünstigung des platten Landes zugeschnitten, das der Regierung als die geeignetste Stütze für ihre Zwecke erschien und auch heute noch erscheint. Damals war Preußen aber weit überwiegend noch ein Agrarstaat; die größere Hälfte seiner Bevölkerung zog ihren Erwerb noch aus der Landwirtschaft und sieben Zehntel derselben wohnten auf dem Lande.

Dieses Verhältnis hat sich seitdem von Grund aus geändert. Industrie, Handel und Verkehr sind in Preußen gewaltig emporgewachsen und haben die Landwirtschaft zurückgedrängt. Die Mehrheit der Bevölkerung ist heute mit ihrem Erwerb an die Städte gebunden und wohnt teils in Städten, teils in den nächsten Umgebungen von Stadtgemeinden. Und der Bevölkerungsverschiebung entspricht völlig die Bedeu-

tung der Städte als Steuerquellen des Staatswesens. Den weitaus überwiegenden Teil seiner Steuereinkünfte zieht Preußen aus den Städten, während die Steuerkraft des Landes von Jahr zu Jahr in ihrer Bedeutung zurückgeht. Gleichwohl weigern sich Regierung und die Mehrheitsparteien des Landtags, den Städten eine ihrer wirklichen Bedeutung entsprechende Repräsentation im Abgeordnetenhaus zuzuerkennen.

Von 37,9 Millionen der Gesamtbevölkerung Preußens fanden nach der Berufs- und Gewerbezählung 1907 nur 10,8 Millionen einschließlich Dienende und Angehörige oder 28,59 Prozent ihren Erwerb in der Landwirtschaft, dagegen 21,2 Millionen gleich 56,93 Prozent in Industrie, Bergbau, Handel und Verkehr und 5,8 Millionen gleich 15,48 Prozent in privaten und öffentlichen Diensten sowie sonstigen Berufen. Doppelt so stark mußte die Vertretung von Industrie und Handel sein, als die der Landwirtschaft, wenn es noch Gerechtigkeit in Preußen gäbe.

Nach der Bevölkerungsstatistik 1905 wohnen 16,8 Millionen oder 45,22 Prozent in Städten, 18,8 Millionen oder 49,81 Prozent in Landgemeinden und nur 2,0 Millionen oder 5,44 Prozent in Gutsbezirken. Daß hier die Landgemeinden noch so stark hervortreten, erklärt sich aus dem Wohnen der industriellen Arbeiterbevölkerung auf dem Lande. Die dichtbevölkerten Landgemeinden sind Industriestädte oder Vorstädte von solchen, deren Verstädtlichung der Nachspruch der Regierung im Wege steht. Nur in ganz außerordentlichen Fällen und zögernd gibt die Regierung zu städtischen Einverleibungen von Landgemeinden ihre Zustimmung und noch seltener werden solchen Kleingemeinden die Stadtrechte verliehen. So erhoben im preussischen Abgeordnetenhaus am 7. März d. J. die konservativen wütenden Einsprüche gegen die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt a. M., lediglichen aus politischen Gründen, weil diese Stadt ein geheimes Kommunalwahlrecht habe und weil deren Gemeindevertretung sich auf seiten der Straßendemonstranten in der Wahlrechtsbewegung gestellt habe. Rechnet man also die Vorortsgemeinden zu den Städten, so ist die weitaus größere Hälfte der Einwohner Preußens Stadtbewohner.

Nach der preussischen Einkommensteuerstatistik für 1909 war das Ergebnis der Steuerveranlagung:

	Physische Besitzten		Nichtphysische Besitzten	
	Städte	Land	Städte	Land
	Mill. M.	Mill. M.	Mill. M.	Mill. M.
Veranlagt	187,64	63,87	27,19	5,37
Erhoben	209,90	69,90	39,29	7,77

Die Städte brachten demnach an Einkommensteuer 249,19 Millionen Mark (76,2 Prozent), das Land nur 77,67 Millionen Mark (23,8 Prozent) auf. Nach diesem Ergebnis läme den Städten eine dreimal stärkere Vertretung zu als dem Lande, denn in Preußen soll ja die Steuerleistung ausschlaggebend sein für die Zuzurechnung der staatsbürgerlichen Rechte. Merkwürdigerweise kommt dieser Grundsatz erst bei der Klassen-einteilung zur Anwendung, nachdem man schon durch die Wahlkreiseinteilung ein privilegiertes Reich von Landkreisen und ein untergeordnetes Reich der Stadtkreise einrichtete. Daß die übrigen Steuerleistungen des Landes diejenigen der Städte nicht übersteigen, zeigt uns ein Blick auf die zur Ergänzung der Steuer herangezogenen Vermögen, deren Durchschnittsbeitrag pro Kopf der Besitzten im Jahre 1908 in den Städten 80 200, auf dem Lande nur 42 900 M. erreichte.

Aus alledem ergibt sich, daß nicht die Landwirtschaft und das platte Land, sondern Industrie, Handel und Verkehr und die Städte der breite Sockel sind, auf dem Preußens Staatsmacht beruht. Die letzteren sind auch die wirklichen Träger der fortschreitenden Kultur, die ein Kulturstaat fördern und begünstigen muß, während die Landwirtschaft und das flache Land längst an staatlicher Bedeutung hinter jene zurückgetreten sind. Die Landbevölkerung wäre längst in größerem Umfange aufgezogen, wenn die Reichs-gesetzgebung nicht die Städte durch eine Schutz- und Landwirtschaftspolitik dem Lande tributpflichtig gemacht hätte. Ungezählte Millionen sind seit 3 Jahrzehnten aus städtischen Taschen in die Beutel der ländlichen Grundbesitzer gewandert. So ist die Landwirtschaft aus einem Nährer zu einem Zehrer der gewundenen Volkstrast geworden, der seine durch künstliche Mittel erzwungene Position nun dauernd aufrechterhalten möchte. Daher die politische Unterdrückung der Städte und ihrer Bevölkerung mittels der längst veralteten Wahlkreiseinteilung, die die Vorherrschaft der rückständigsten Kreise stützt.

Sehen wir uns nun die preussische Wahlstatistik ein wenig näher an. Von je 100 städtischen Urwählern wählen konservativ oder freikonservativ 9,57, zentralistisch 16,09 und antisemitisch oder landbündlerisch 0,22. Die Gegner der Wahlrechtsreform erhielten aus städtischen Urwählern also nur 25,88 Prozent städtischer Stimmen. Dagegen stimmten von je 100 städtischen Urwählern für Sozialdemokraten 34,33, für Freisinnige 7,25, für Nationalliberale 14,53 und für Polen und Dänen 3,20. Den Parteien der Wahlrechtsreform fielen hier also 59,31 Prozent städtischer Stimmen zu, während der Rest (41,81 Prozent) sich auf sonstige, unbestimmte oder unbekante Parteien verteilt. Die städtische Bevölkerung huldigt dem politischen Fortschritt; selbst im Zeichen der öffentlichen Abtötung wählten nahezu drei Fünftel städtischer Urwähler Parteien der Wahlrechtsreform und ein Drittel die Partei des Reichstagswahlrechts.

Und er wählte das Land! Hier fielen den Konservativen und Freikonservativen von 100 ländlichen Urwählerstimmen 25,26, dem Zentrum 24,68 und den Antisemiten und Landbündlern 1,86, den Wahlrechtsfeinden insgesamt also 52,30 Prozent zu, während die Wahlreformparteien zusammen nur 39,31 Prozent erhielten. (Sozialdemokratie 10,84, Freisinnige 1,76, Nationalliberale 10,48 und Polen und Dänen 16,25.) Das platte Land ist noch immer das Paradis der Reaktionsäre; es wählt überwiegend konservativ oder ultramontan. Deshalb lassen diese beiden Parteilgruppen, die sich zur gemeinsamen Verhinderung der Wahlrechtsreform in der Kommission zusammengefunden haben, an der Vorzugsstellung des Landes gegenüber den Städten nicht rütteln.

Wie diese Wahlkreiseinteilung auf die Wahl der Abgeordneten einwirkt, zeigt folgende Gegenüberstellung. Es erhielten bei der Wahl 1908 an Stimmen und Abgeordneten:

Gegner		Anhänger			
der Wahlreform					
Ur-wählerstimmen in Prozent	Abgeordneter in Prozent	Ur-wählerstimmen in Prozent	Abgeordneter in Prozent		
Konservative . . .	14,15	34,31	Sozialdemo-kraten . . .	23,97	1,58
Freikonservative . . .	2,54	19,54	Freis. Vereinig.	0,88	1,80
Zentrum . . .	19,91	23,47	Freis. Volkspart.	3,93	6,32
Antisemiten . . .	0,36	—	Nationallibe. ale	12,71	11,67
Bund der Landwirte . . .	0,60	—	Polen, Dänen . . .	9,0	3,38
Zusammen . . .	37,56	71,92	Zusammen . . .	50,41	27,75

Außerdem wurden 4 Abgeordnete (0,90 Prozent) gewählt, die zu keiner Partei gehören.

Dank dieser Wahlkreiseinteilung haben die Parteien der Wahlrechtsreform für 50,41 Prozent der Urwählerstimmen nur 27,75 Prozent der Abgeordneten erhalten, wobei die Sozialdemokratie die hauptsächlichste Verlustträgerin ist, während die Wahlrechtsreformgegner für 37,56 Prozent der Stimmen 71,82 Prozent der Mandate zum preussischen Landtage einheimsten. Die Konservativen haben fast das Dreifache der Mandate bekommen, als ihnen zuzum, das Zentrum ebenfalls ein gutes Teil mehr. Steht Wunder, daß diese Parteien sich gegen ein gleiches Wahlrecht von Stadt und Land erklären, denn ihnen erwächst der unrechtmäßige Gewinn aus der Benachteiligung der Städte.

Aber auch die liberalen Parteien haben dabei mehr Abgeordnete erhalten, als ihnen nach Maßgabe der Urwählerstimmen zustanden. Dies erklärt sich aus dem Zusammenwirken von Wahlkreiseinteilung und Klassen-einteilung; die letztere ermöglicht den Liberalen, sich für die aus der ungerechten Wahlkreiseinteilung erwachsenden Verluste durch Ueberstimmung der dritten Klassenwähler schadlos zu halten und damit alle Verluste auf die Sozialdemokratie, der Partei des städtischen Proletariats, abzuwälzen. So lasiet der Fluch der politischen Entrechtung der Stadtgemeinden zehnfach auf der Arbeiterklasse, die nur den 18. Teil der ihr zustehenden Volksvertreter erhielt. Auf 106 von 443 Mandaten hatte die Sozialdemokratie gemäß ihrer Stimmenzahl Anspruch, — 6 hat sie nur erhalten.

Diese Entrechtung der städtischen Wähler ist eine Ungeheuerlichkeit, die der indirekten Wahl und der Masseneinteilung an Gemeingefährlichkeit nichts nachgibt. Ihre schlimmsten Wirkungen zeitigt sie in den Großstädten. Berlin hat gemäß seiner Bevölkerungsziffer 12 Abgeordnete zu wenig; Breslau und Köln müßten je 3, Frankfurt a. M., Charlottenburg, Essen, Stettin je 2 und Düsseldorf, Hannover, Magdeburg, Duisburg, Dortmund, Ultona, Biele, Nordorf, Gelsenkirchen, Schöneberg und Wöfen je 1 Abgeordnete mehr erhalten, als dies heute geschieht. Die 28 preussischen Großstädte sind zurzeit durch 52 Abgeordnete vertreten, während ihnen nach der Bevölkerungsziffer deren 90 zuständen. Die meisten übrigen Stadtkreise sind derart mit Stadtkreisen verdupelt, daß die Wahlmänner der letzteren einen erheblichen Einfluß auf die Abgeordnetewahl ausüben. Aus dieser Mindervertretung der Städte und dem ländlichen Einflusse erklärt sich das große Uebergewicht der rückständigsten Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus.

Der Arbeiterschaft Preußens fällt die Kulturaufgabe zu, mit dieser politischen Unterdrückung der Städte aufzuräumen und den großen Zentren der Kultur und des Fortschritts die politische Gleichberechtigung zu erkämpfen. Sie führen diesen Kampf nicht allein für sich, sondern für alle, die im Wankkreis der Stadt ihren Lebenserwerb finden. Deshalb sollten sich alle städtischen Parteien darin einig sein, den Kampf gegen die veraltete Wahlkreiseinteilung zu unterstützen. Es scheint indes, daß die bürgerlichen Wahlrechtsfreunde hier verlagen, um auch ferner auf dem Boden der Dreiklassenwahl sich an der Arbeiterklasse schadlos zu halten. Ein solches Verhalten dieser Parteien ist nur geeignet, die Kraft und Schärfe der großen Wahlrechtsbewegung zu erhöhen, die schließlich mit dem preussischen Dreiklassenwahlrecht auch die ungerechte Wahlkreiseinteilung hinwegschwemmen wird. Je mehr man sich bemüht, von dem preussischen Klassenwahlrecht möglichst viel zu retten und zu konfervieren, desto mehr wird das preussische Volk die Ueberzeugung gewinnen, daß hier endlich einmal gründlich reiner Tisch gemacht werden muß!

Wirtschaftliche Rundschau.

Baukonjunktur und Arbeitsmarkt. — Die Hamburg-Amerika-Linie. — Der Fleischkonsum im Jahre 1909.

In der Fachpresse des Baugewerbes werden gegenwärtig die Ausichten der Baukonjunktur im laufenden Jahre vielfach erörtert. Dabei stehen wir in einem Arbeitgeberorgan auf Ausführungen, die die gegenwärtige Lage entschieden zu optimistisch schildern. Gerade zurzeit ist es aber im Interesse der Arbeiter besonders wichtig, sich über die tatsächliche Beschaffenheit der wirtschaftlichen Situation im Baugewerbe so genau wie möglich zu unterrichten und vor allem keinen unbegründeten Optimismus aufkommen zu lassen. Gerade aus diesem Grunde und weil die Ausführungen des Arbeitgeberorgans auch in der Arbeiterpresse wieder gegeben worden sind, möchten wir an dieser Stelle auf einen besonders irreführenden Passus hinweisen. Die „Baugewerks-Zeitung“ führt nämlich in einem Artikel „Zur Wirtschaftslage“ über den Stand des Arbeitsmarktes aus: „Bei nachlassendem Angebot hat die Zahl der offenen Stellen im ersten Monat dieses Jahres merklich zugenommen, und zwar nicht nur im Vergleich mit dem nach der Zeit der völligen Depression zugehörigen Monat Januar dieses (?) Jahres, sondern auch gegenüber dem Vormonat Dezember 1909; die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften ist z. B. im Januar d. J. um nahezu 700 oder mehr als 18 Prozent höher gewesen als im Januar v. J.“ Diese Zahlenangaben sollen auf den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise beruhen, in Wirklichkeit aber stehen sie mit diesen in starkem Gegensatz. Die offenen Stellen waren im Januar vielmehr merklich größer als im Dezember 1909, während die Zahl der Arbeitssuchenden fast ebenso hoch war wie 1909. Daraus ergibt sich, daß die Lage des Arbeitsmarktes im Januar 1910 ungünstiger, und zwar

wesentlich ungünstiger war als 1909. Während im Vorjahre auf 100 offene Stellen 44,4 Arbeitssuchende kamen, waren es im Januar d. J. 499,5. Die Verschlechterung ist um so auffällender, als bis zum Dezember der Arbeitsmarkt sich recht günstig entwickelt hatte. Im Dezember stellte sich der Andrang auf 273,8. Die Verschlechterung ist nicht überall eingetreten, aber doch überwiegend die Landestteile mit ungünstigen Notizen. Woher diese sonderbare Verschiebung gegenüber dem Monat Dezember rührt, das zu erörtern, würde hier zu weit führen und könnte auch nicht mit Bestimmtheit aufgeklärt werden. Jedenfalls aber muß der Behauptung widersprochen werden, daß im Januar d. J. der Arbeitsmarkt sich verbessert hätte. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Interessant ist auch die Verschiebung für die einzelnen Berufe. Es betrug der Andrang im Januar:

	1909	1910
Maurer	322,40	477,20
Zimmerer	504,40	384,89
Maler	799,80	996,90
Glasler	474,10	295,02
Uebrig gelesene Bauarbeiter	359,80	341,96
Bauhilfsarbeiter	275,73	239,55

So hat sich also die Marktlage im Vergleich zum Vorjahre für die Maler und für die Maurer ganz beträchtlich verschlechtert, während sich für die übrigen Berufe eine Besserung gegen Januar, aber keineswegs durchweg gegen Dezember 1909 ergibt. Im Februar dürfte allerdings das Bild sich schon wieder etwas zum Besseren gewendet haben, aber auch nicht in einem Grade, der die Reaktion im Januar auszugleichen hätte.

Daß wir trotz solcher vereinzelter Schwankungen aber im allgemeinen doch im Zeichen des allmählichen wirtschaftlichen Aufstiegs stehen, das beweisen uns auch die Betriebsergebnisse unserer großen Niederlagen im letzten Jahre. Die Hamburg-Amerika Linie berichtet über einen Betriebsergebnis von 33,04 Millionen Mark gegen nur 13,88 für das Jahr 1908. Während 1908 mußte eine große Anzahl von Schiffen stillliegen, im Laufe des Jahres 1909 konnten diese alle wieder in Dienst gestellt werden, so daß gegenwärtig kein Schiff der Hamburg-Amerika Linie wegen Mangels an Beschäftigung ausliegt. Die Gesellschaft verteilt eine Dividende von 6 Prozent und verwendet nicht weniger als 20,37 Millionen Mark zu Abschreibungen vom Werte der Schiffe, zur Dotierung des Erneuerungsfonds sowie zur Schaffung eines bis jetzt noch nicht existierenden Konkurrenzkampffonds, das zunächst mit 2 Millionen Mark dotiert wird. Dieses Konto soll zum Ausgleich der durch die unvermeidlichen Konkurrenzkämpfe entstehenden Verluste verwendet werden. Durch diese neue Reserve werde das jeweilige Jahresergebnis von dem Zufall eines Konkurrenzkampfes auf einer einzelnen Linie unabhängiger gemacht und zugleich die Stellung der Gesellschaft den Segnern gegenüber gestärkt. Der Bericht über die einzelnen Linien der Gesellschaft ergibt eine fast allgemeine Zunahme der Aufnahmefähigkeit der ausländischen Märkte und spiegelt so die Erholung am Weltmarkt deutlich wieder. Die Gesellschaft, die beim Ausbruch der wirtschaftlichen Krise den Ausbau ihrer Flotte ganz eingestellt hatte, hat im Jahre 1909 wieder Schiffe in Auftrag gegeben, und zwar vier Frachtdampfer von je 12.000 Tons Tragfähigkeit und einen überaus großen Passagier- und Frachtdampfer, dessen Brutto-Mannschaft auf circa 38.000 Tons geschätzt wird, außerdem einen Rhein-Seebampfer. Der große Dampfer wird das größte Schiff werden, das die Gesellschaft besitzt, denn das gegenwärtig größte, die „Kaiserin Auguste Victoria“, mißt nur 24.581 Brutto-Registertons.

Die Anzeichen, daß die Steigerung der Warenpreise im Jahre 1909 auf die Entwicklung des Konsums ziemlich ungünstig eingewirkt haben, mehrten sich, je mehr wir mit Hilfe der Statistik die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1909 zu verfolgen vermögen. So ergibt sich auf Grund der Statistik der Vieh- und Fleischbeschau eine deutliche Abnahme des Fleischkonsums im Jahre 1909. Zwar absolut hat die verbrauchte Menge noch zugenommen, und zwar von 2.538.619 Tonnen Fleisch im Jahre 1908 auf 2.561.783 im Jahre 1909. Berücksichtigt man aber den Bevölkerungszuwachs, so kam auf den Kopf nur ein durchschnittlicher Fleischverbrauch, soweit er sich aus den gewerblichen Schlachtungen berechnen läßt, von 40,20 Kilogramm im vorigen Jahre gegen 40,41 im Jahre 1908. Besonders stark hat der Verbrauch von Schweinefleisch, der namentlich für die minderbemittelte Bevölkerung ins Gewicht fällt, abgenommen, und zwar von 21,09 im Jahre 1908 auf 19,69 Kilogramm pro Kopf im Jahre 1909. Bemerkenswert ist auch, daß der Fleischkonsum im ersten Halbjahre gegen 1908 noch stieg, und daß er erst im zweiten Halbjahre infolge der steigenden Preise um so kräftiger abnahm. Die Durchschnittsberechnungen lassen ja nicht erkennen, in welchem Grade speziell die Arbeiterbevölkerung an dem Konsumrückgang partizipiert. Aber man wird ohne jeden weiteren Nachweis annehmen dürfen, daß der Rückgang in der Hauptsache nur die minderbemittelte Bevölkerung getroffen hat. Hier ist ja der Fleischkonsum pro Kopf wesentlich geringer, als es dem Durchschnitt für die gesamte Bevölkerung entspricht. Auch die Abnahme ist deshalb für die Arbeiterbevölkerung um so empfindlicher.

Berlin, 18. März 1910.

Richard Calwer.

Ein Glendbild aus der Eisal.

(Der Bleibergbau in Meckernich.)

Wie die Bleibergwerke in Freiberg in Sachsen, so geht auch der Bleibergbau in Meckernich in der Vorkessal seinem Ende entgegen. Mit ihnen werden zwei der ältesten Produktionsstätten Deutschlands verschwinden, deren Geschichte mindestens bis in die Römerzzeit, sehr wahrscheinlich aber viel weiter zurückreicht. Zwar ist in Meckernich wie in Freiberg noch Bleierz zum Abbau vorhanden, aber die Gruben sind für das Kapital unrentabel geworden. Der Bleibergbau von Meckernich hat nun vor seinem bevorstehenden Ende noch eine Verwertung vom sozialistischen Standpunkt aus erfahren (Dr. F. Smle: Der Bleibergbau von Meckernich. Gustav Fischer, Jena 1909. 226 Seiten), woraus wir ein Bild von den traurigen Lebensverhältnissen und der Verfassung der „Bergknappen“ in der Eisal erhalten. Groß ist die Zahl der Arbeiter nicht, die in jenen Bleiberggruben arbeitet, aber 1907 waren beim Meckernicher Bergwerkler-Verein, der am 30. Mai 1908 seine Liquidation beschlossen hat, immer noch rund 1200 Arbeiter be-

schäftigt. Diese müssen zum größten Teil mit Frauen und Kindern ihre Heimat verlassen, wenn der Bergbau eingeht. Wirtschaftlich werden sie ja dabei nicht allzu viel verlieren, denn ihr Leben war das denkbar ärmlichste. Die Unternehmer gaben den Arbeitern einen ganz beträchtlichen Lohn. Zwar wird in Alford gearbeitet, aber kein Arbeiter weiß, was er für seine Arbeit zu bekommen hat, und ist der Lohn im Voraus bestimmt, und der Arbeiter hat mehr verdient, als einen gewissen Höchstfuß, dann wird ihm einfach weniger ausbezahlt. Wenn das Gebilde auch für einen Monat festgesetzt wird, dann kommt doch der Beamte in der Mitte des Monats und sagt: „Ich gebe jetzt so und so viel weniger“. Manchmal tut er es auch, ohne etwas zu sagen. Die Herabsetzungen sind recht erheblich. Gegen 50 Personen sollen einmal durch derartige Abzüge bis zu 20 Mark pro Kopf und Monat benachteiligt worden sein. Ein Arbeiter erzählte: „Ich habe einmal besonders viel gearbeitet und auch entsprechenden Lohn verlangt. Da hat der Beamte mir Belohnung versprochen und gab mir einen Abzug von 3 Pfg. pro Bagen.“ Der Durchschnittsverdienst der Frau für die schwere Arbeit in den ungesunden Bleibergwerken beträgt 2,75 Mark pro Tag, aber auch Verdienste von 2 Mk., 2,25 Mk. und 2,50 Mk. kommen vor. Nebenbei ist der Verdienst der Schleppler, während die Aufbereitungsarbeiter nur 2,48 und die Tagelöhner nur 2,20 Mk. pro Tag im Durchschnitt verdienen. Von 14 Befragten müssen 14 Arbeiter von ihrem Verdienste 5 Personen ernähren, 12 Arbeiter 6, 14 Arbeiter 7, 4 Arbeiter 8 und 5 andere 9, 10 und 11 Personen. Der Revierbeamte gab als Durchschnittsverdienst der Arbeiter selbst nur 2,59 Mk. pro Tag an.

Von diesem armseligen Lohn können die Arbeiter nicht leben, und deshalb gehen die meisten neben ihrer schweren Bergwerksarbeit noch immer einer Nebenbeschäftigung nach. Obwohl heute der Bergbau mit kapitalistischer Intensität betrieben wird und somit einen ganzen Berufsmenschen erfordern müßte, nimmt die Nebenarbeit häufig fast die Stelle des Hauptberufes ein.“ schreibt Smle. Ein Bergmann erzählte: „Die Arbeiter schleichen zur Grube, machen dort lange Pausen, weil sie 4 bis 6 Stunden täglich auf dem Felde arbeiten, machen sich frühzeitig invalide“ usw. Bei 4 bis 6 Stunden bleibt es aber nicht immer. In der Erntezeit kommt es vor, daß die Leute überhaupt einige Tage lang kaum schlafen. „Ich habe bei Nachtschicht“, berichtet ein Arbeiter, „einmal in der Erntezeit zwei Tage lang gar nicht geschlafen, weil ich tagsüber auf dem Felde, nachts in der Grube arbeitete. Bin dann in der dritten Nacht bei der Arbeit umgefallen.“ Die Leute, welche Tagelöhner sind, arbeiten einige Morgen- oder Mittagstunden; sie arbeiten dann für 25 Pfg. die Stunde bei einem Bauern. Andere treiben ein Handwerk. Einer ist neben seiner Bergwerksarbeit Dorfschuster. Manche Leute gehen auch nach der Nachtschicht tagsüber in die Steinbrüche! Dort verdienen sie 30 Pfg. die Stunde. Eine Anzahl hat auch selbst eine kleine Landwirtschaft.

Weber Badegelände noch Wäschereinrichtungen sind für die Arbeiter da, sie müssen schmutzig nach Hause gehen. An Aborten fehlt es in den Gruben ganz. Abgesehen sind Räume zum Aufstehen für die Arbeiter, nicht einmal Wunden zum Trocknen der nassen Kleider sind da. „So müssen die Arbeiter oft in nassen Kleidern, von der Arbeit erhitzt, nach Hause gehen.“ An unfallsverursachenden Mischständen soll es aber in den Betrieben nicht fehlen. Die Behandlung der Arbeiter ist eine recht schlechte.

Jahrzehnte und Generationen leben nun bereits die Arbeiter unter diesen ärmlichen, traurigen Verhältnissen, und da darf es nicht wundernehmen, daß sie zum Teil ganz verflucht sind. Die über Tage arbeitenden Bauer wollten einmal an Stelle der 12stündigen die 8stündige Schicht haben und kamen deshalb beim Vergar zu schriftlich darum ein. Der Entlohnung des Vergars zu einer Beschäftigung folgten sie aber nicht — aus Angst! Jetzt gehören viele von ihnen der christlichen Bergarbeiterorganisation an.

Die Kapitalisten haben aus diesen Gruben große Reichtümer geholt; sie verlieren nichts, wenn der Betrieb eingestellt werden sollte. Der Förderwert betrug im Jahre 1906 noch 2.168.065 Mark. Die Arbeiter aber haben für alle ihre Mühen nichts gehabt als ein armseliges Elendenleben. Und nun mögen sie sehen, wie sie fernerhin die Nahrung für ihren abgerackerten Körper und ihre Frauen und Kinder beschaffen können!

Lohnbewegung.

Der Streit der Kollegen in Mülhausen i. El. dauert noch fort. Zugang ist strengstens fernzuhalten!

Auf Grund des § 10 des Reichstarifs hat das Ortstarifamt in Spandau die Sperre über die Firma Panzenhagen verhängt. Auch hat die Firma die allgemeine Lohnerhöhung noch nicht durchgeführt. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, diese Vertikale zu meiden.

Barlener.

München. Der Streit in der Luxuskaffee- fabrik Gebr. Weißbarth dauert weiter. Zugang muß ferngehalten werden!

Gau IV.

Entscheidung

betreffend Zahlung des Ausgleichspfennigs gemäß § 3 des Reichstarifvertrages für das Maler- pp. Gewerbe.

I. Durch Goutariffamt einstimmig entschieden:

Es sollen den Ausgleichspfennig

erhalten: nicht erhalten:

Barmen, Diefelsb.,
Eberfeld, Oberhausen,
Münster i. W.

II. Durch Schiedspruch entschieden:

Es sollen den Ausgleichspfennig

erhalten: nicht erhalten:

Bochum, Essen,
Duisburg, Hamborn,
Dortmund, Gelsenkirchen.

erhalten: nicht erhalten:

Machen, Düsseldorf,
Hagen, Remscheid,
Krefeld, Berne,
Stegen,
Opladen,
Sollingen,
Wohlfinkel,
Welsert.

III. Ferner werden folgende Entscheidungen getroffen:

a) Düren. Statt der jetzt bestehenden 3 Lohnklassen werden gemäß Reichstarifvertrages 2 Lohnklassen festgesetzt und diese gemäß der festgesetzten Durchschnittssätze auf 33 Pfg. bzw. 43 Pfg. für Gehilfen unter bzw. über 20 Jahre bemessen, sodas unter Zustimmung des Ausgleichspfennigs eine Lohnsteigerung auf 36 Pfg. bzw. 46 Pfennig eintritt.

b) Bonn. Unter Ablehnung des Ausgleichspfennigs wird eine Lohnsteigerung von 2 Pfg. als Ausgleich für Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden auf 10 Stunden neben der tariflichen Lohnerhöhung von 2 Pfennig genehmigt, so daß die jetzt bestehenden Sätze von 47 Pfennig bzw. 50 Pfennig auf 51 bzw. 54 Pfennig gesteigert werden.

Essen, 17. März 1910.

Goutariffamt für das Maler- pp. Gewerbe:
Rath,
Vizegoudueter der Stadt Essen.

Aus unserem Berufe.

Die Durchführung des Reichstarifs für das deutsche Malergewerbe stößt bei einem Teil der Arbeitgeber in den verschiedensten Orten immer noch auf erhebliche Schwierigkeiten, so daß es des energischsten Vorgehens unserer Kollegen bedarf, um geregelte Zustände zu schaffen. Kommt bisher infolge der Geschäftslage nicht so vorgegangen werden, wie es nötig gewesen wäre, so dürfte mit dem Einsetzen der besseren Konjunktur mit den rückständigen Elementen der Unternehmer nunmehr ein anderes Wort gesprochen werden. Auch die „Berliner Malerzeitung“ vom 12. März schreibt: „Im Interesse des jolden Geschäftes liegt es, wenn die Gehilfenorganisationen mit aller Schärfe gegen diejenigen Meister vorgehen, welche da glauben, durch Umgehung der Schiedsprüche für sich persönliche Vorteile zu erzielen. Um aber denjenigen Meistern, welche Nichtmitleider des Verbandes der Malereigewerbe sind und welche da glauben, die erhöhten Löhne nicht bezahlen zu brauchen, das Handwerk zu legen, hat die außerordentliche Versammlung der Berliner Malerinnung am 2. März auf Antrag des Gehilfenausschusses beschlossen, daß auf sämtliche bisher gezahlten Löhne vom 15. Januar ab ein Aufschlag von 5 Pfg. pro Stunde zu zahlen ist.“

Dem Innungschiedsgericht ist hierdurch die Möglichkeit gegeben, bei Streitfällen auch denjenigen Gehilfen, welche bei Nichterbandmittellern arbeiten, den tarifmäßigen Lohn zuzusprechen.

Um den Druckbergern entgegenzutreten, wäre es angebracht, daß auch die Worter-Innungen den gleichen Beschluß wie die Berliner Malerinnung fassen würden.

Wird so überall in beschleunigtem Tempo vorgegangen, dann kann es nicht ausbleiben, daß in kurzer Zeit sämtliche Kollegen die ihnen zustehende Lohn- erhöhung erhalten. Und nur dann erst, wenn überall die Durchführung vollzogen ist, kann die endgültige Diegelung der noch drückend festzuliegenden Bestimmungen vollzogen werden.

Ein Unternehmer, der es versteht, unsere Kollegen um ihr Geld zu bringen, ist der Malermeister Schauffelberger in Altenburg, Mitglied des Arbeitgeberverbandes. Er wurde im Dezember v. J. vom Altenburger Ortstariffamt verurteilt, neun seiner Gehilfen, die er auswärts beschäftigt hatte, 114,46 Mk. vorerhaltenen Auszahlung nachzuzahlen. Das war natürlich bitter und so kann er dann, wie er die Gehilfen wenigstens um einen Teil dieses Geldes bringen könne. Das machte er so: Er legte den Kollegen Quittungen über den vollen Betrag vor, rebete aber so lange auf sie ein und versprach ihnen Antezarbeit, bis sie sich mit der Auszahlung der Hälfte des Geldes zufrieden gaben. So mußte ihm die Kollage und die Leichtgläubigkeit der Kollegen dazu dienen, 57,20 Mk. zu erlangen, denn daß auf solche Versprechungen der Unternehmer nichts zu geben ist, ist sonnenklar. Nachdem sich der noble Herr von seinen Gehilfen 57 Mk. hatte schenken lassen, warf er die Kollegen, soweit er sie nicht dringend brauchte, rücksichtslos auf die Straße, der sie dann auch monatelang preisgegeben blieben. Nun kam die hinterhältige Manipulation heraus. Der Mann wurde entlarvt, vor das Tarifamt zitiert, wo er, in die Enge getrieben, das Manövre eingestehen mußte. Trotzdem ihm der vorstehende Meister, der zugleich auch Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes in Altenburg ist, beispiegelte, indem er die Schuld an der blamablen Affäre drohungsweise dem zuschieben wollte, der sie pflichtgemäß zum Austrag bringen mußte, mußte man sich doch zur Verurteilung des zweifelhaften Verhaltens des Herrn Schauffelberger bequemen. Dieser Vorgang belehrt hoffentlich wieder eine Anzahl Kollegen, daß auf Versprechungen der Unternehmer und Betönerung ihrer Arbeiterfreunde nicht auch nicht ein Pfifferling zu geben ist. Mit verschwindenden Ausnahmen suchen sie sich leichtgläubige Kollegen, die sie dann durch irgendwelche Finessen übers Ohr haufen und, sobald sie ihrer zur Schaffung des Profit nicht mehr bedürfen, auf die Straße setzen. Herrn Schauffelberger aber werden wir bei passender Gelegenheit noch bekommen; er wird sich besonders nicht über Zulauf brauchbarer Arbeitskräfte zu beklagen brauchen, wenn er solche am nötigsten braucht und vielleicht muß er noch das angelegene Geld verschiedentlich darauflegen.

Erklärung.

Unterzeichneten erklärt hiermit zu Protokoll des Ortstariffamtes Worms, daß ihm bei Preisabgabe auf die Antezarbeitenden des hiesigen Gaschweißwerkes die einzelnen zur genauen Berechnung nötigen Unterlagen gänzlich gefehlt haben, daß ihm deshalb eine sach- und sachgemäße Kalkulation unmöglich war, und er infolgedessen seine Offerte in leichtfertiger Weise abgab. Die

Offerte blieb bedeutend unter dem Selbstkostenpreis der Arbeiten, was die Kalkulation durch das Ortstarifamt ergeben hat.

Er erklärt weiter, daß er sein Preisangebot auf die gegen drei Käufergruppe in der Stephansgasse wieder zurückzieht, weil die Kalkulation ebenfalls sehr mangelhaft und oberflächlich geschah und er so die Arbeiten unter dem Selbstkostenpreis herstellen müßte, wozu er jedoch nicht in der Lage ist.

Er erklärt ferner, daß er künftig bei beratigen Preisabgaben, sei es bei öffentlichen oder beschränkten Submissionen usw., vorsichtiger zu Werke gehen und insbesondere allen Anlaß zu einer Klage betreffs Schnupfkonkurrenz sorgfältig vermeiden will.

Schließlich erklärt er, sofort als Entschädigung für die dem Ortstarifamt entstandenen Kosten sowie als Buße für die dem Ansehen unseres Berufes zugefügte Schädigung die Summe von 50 M., in Worten fünfzig Mark, an das Ortstarifamt zu Händen des Herrn Gewerbeinspektor Dr. Müller zu entrichten, worüber ihm Quittung ausgedrückt wird.

Das Ortstarifamt seinerseits hebt alsdann die verhängte Sperre sofort auf, so daß vom 8. März ab der Betrieb freigegeben ist.

W a r m s, den 8. März 1910. P. H. K ö t t e r.

Ein Anfang zur Arbeitslosenversicherung. Hierüber wird uns geschrieben: „Von verschiedenen Seiten wird der Versuch gemacht, eine besondere, in unserm Gewerbe bringende notwendige Arbeitslosenversicherung einzuführen. Als nun Mitte Januar die allgemeine Lohn-erhöhung eintrat, machte der Weißbindermeister Friz Kupp in Frankfurt a. M. seinen Arbeitern den Vorschlag, diese Erhöhung zurückzugeben und bei der städtischen Sparkasse zu hinterlegen. Es wurde vereinbart, daß jeder Arbeiter und die Beihilfinge wöchentlich eine Mark einzahlen sollen, und daß der so zusammen-gesparte Betrag beim Austritt oder vor Weihnachten ausbezahlt wird. Die große Mehrheit der Beschäftigten ist dem auch sofort beigetreten, so daß zurzeit 18 Arbeiter der Kasse angehören. Sicherlich dürfte der Betrag im Herbst für manchen ein sehr erwünschter Zuschuß sein. Es ist dies zweifellos ein Anfang zur Arbeitslosenversicherung und sollte dieses Vorgehen nachgeahmt werden. Die kleine Mühe, welche damit verbunden ist, wird durch die Vorteile reichlich aufgewogen. Es ist nicht aus-geschlossen, daß die Stadtverwaltung einem derartigen Bestreben ihre Aufmerksamkeit zuwendet und daß da-für in Zukunft ein städtischer Zuschuß gegeben wird.“

Man kann zu derartigen Vorgehen verschiedener Meinung sein, ohne die gute Absicht des Herrn Kupp zu verkennen. In Werkstätten, wo die Arbeiter einiger-maßen auf eine längere Arbeitsdauer rechnen können, mag ein solcher Vorschlag angebracht sein; aber wieviele Werkstätten sind es denn, die unsern Kollegen eine ge-wisse Sicherheit im Arbeitsverhältnis garantieren können? Selbst in den Sommermonaten ist ein großer Teil unserer Kollegen arbeitslos, der Arbeitswechsel ist fortlaufend ganz enorm, so daß bei diesen Kollegen das Sparen von vornherein ausgeschlossen ist.

Bur Blutwurstfrage nahm in Charlottenburg, wie der Vorwärts berichtet, eine der letzten Sitzungen der Hochbaudeputation Stellung. Diesmal mit größerem Erfolg wie früher. Es wurde nämlich nach längerer gegenseitiger Aussprache beschlossen, bis auf die Dauer von drei Jahren auf allen städtischen Bauten die Verwendung von blutweißhaltigen Farben nicht mehr zu- zulassen. Die während der Dauer dieses dreijährigen Verbotes gemachten Erfahrungen sollen dann geprüft werden, um eventuell die Verwendung von blutweißhaltigen Farben auf städtischen Bauten dauernd zu ver-bieten. Auch sollen in der Zwischenzeit die mit dem Blutweißverbot in der Schweiz erlangten Resultate unter-sucht bei der endgültigen Entscheidung über diese Frage berücksichtigt werden. — In letzter Linie ist dieser Erfolg, der in dem Beschlusse der Hochbaudeputation liegt, zurück-zuführen auf die immer von neuem gegebenen An-regungen unserer Genossen in der Deputation, die in reger Verbindung mit unseren Kollegen stehen. Möge dies Vorgehen darum auch anderwärts Nachahmung finden.

Sof. Mehr denn je ist in unsern Kollegentreffen jetzt, wo die Dierglöden auch für uns nach langer Winterzeit frühe Aufreißung aus den Banden der Gleichgültigkeit bedeuten, die Notwendigkeit für rege Agitation gegeben. Wollen wir vorwärts kommen, müssen wir in erster Linie einig und brüderlich zusammenstehen. Und dann heißt es: Aufklären und die noch fernstehen-den heranholen! Es wird da immer in gewissen Kreisen viel von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmer und Arbeiter geredet. Die da glauben, durch solche Witzchen die klaffenden Gegensätze zwischen den beiderseitigen Interessen überbrücken und beschlagnahmen zu können, reden entweder wissenschaftlich die Un-wahrheit, oder haben selbst noch nicht darüber nachge-dacht und begriffen, was diese beiden Parteien oder auch Klassen voneinander trennt. Gewöhnlich versucht man unaufgeklärte Arbeiter damit zu täuschen, daß man ihnen vorredet, es wären nur die Heizer, die diese Har-monie zu zerstören suchten, indem sie den Arbeiter gegen den Unternehmer, den Proletarier gegen den Kapitalisten aufhetzen. Daß dem nicht so ist, sondern die Gegen-sätze in der heutigen Gesellschaftsform liegen, ist diesen Leuten allezeit leicht zu beweisen. Die heutige Wirt-schafts- oder Produktionsweise trennt eben diese beiden Klassen. Es gilt hier das Wort, wie die Produktions-verhältnisse sind, danach richten sich die Arbeitsverhält-nisse. Würden die Produktionsmittel heute im Besitze der Gesamtheit sein, so gäbe es keine Kapitalisten und Arbeiter. Solche bezeichneten Verhältnisse bestimmen aber auch die Anschauungen über Sitten und Moral, die wir es bei manchen fremden Völkern sehen. Ebenso ist der Kapitalist anderer Anschauung als der Proletarier und Arbeiter. Der Kapitalist glaubt, daß der Arbeiter dazu da ist, um für ihn zu arbeiten und seinen Besitz zu vermehrten. Der Lohn, den er ihm gibt, ist nur das Minimum, das er zur Fristung seines Lebens be-darf, damit er auch weiterhin seine Arbeitskraft in den Dienst des Kapitals stellen kann. Daher steht er auch alle Bestrebungen der Arbeiterschaft, die gegen die heutige Wirtschaftsform gerichtet sind, als unethisch und unmora-lisch an. Der Arbeiter dagegen verlangt, daß er für seine Arbeit auch entsprechend entlohnt wird, damit er

an den Gütern und Genüssen dieses Lebens teilnehmen kann. Er verlangt kürzere Arbeitszeit, damit er sich besser erholen und seinen Bildungsbestrebungen mehr Rech-nung tragen kann. Alle diese Gegenstände schafft man nicht durch gleichnerische Redenarten aus der Welt, wenn man weiß, wie schwer es ist, dem Kapitalisten oder Unternehmer auch nur eine kleine Verbesserung abzurin-gen. An der Arbeiterschaft wird es liegen, sich nicht mehr durch schöne Worte täuschen zu lassen und diesen unwürdigen Verhältnissen ein Ende zu bereiten. Kolle-gen, aufgewacht, tragt auch ihr euer Teil zu dieser Auf-klärungsarbeit bei!

E. G.

Landesberg a. W. Am 8. März tagte hier eine öffent-liche Malerversammlung, in der Kollege Ringel-Berlin über „Unsre Rechte und Pflichten nach Einführung des Reichstarifes“ referierte. Einleitend schilderte er die Lohnbewegungen in den früheren Jahren und was für gewaltige Kämpfe unsre Organisation zu bestehen hatte. Wenn nun auch Landesberg in der Lage ist, einen Tarif abgeschlossen zu haben, so ist es in erster Linie der Organisation zu danken, ohne sie wäre es nicht möglich gewesen. Nun heißt es aber auch strikte zu handeln, das sei Ehrenpflicht eines jeden Kollegen. Auch hier sind Arbeitgeber, die glauben, trotzdem sie beim Abschluß zu-gegen waren, man brauche sich weiter nicht darum zu kümmern. Hier sei es unsre doppelte Pflicht, unsre Rechte zu wahren; nur der Zusammenschluß aller Kollegen zu einer festen und starken Organisation könne sichere Garan-tien bieten. Recht bezeichnend sei es für die Arbeitgeber, daß sie nicht die 3 Pfg. sofort, sondern jetzt 2 Pfg. und ab Januar 1912 den weiteren Pfennig zahlen wollen. Zahlte man doch Löhne für Gehilfen von 30—43 Pfg., allerdings in einer 40000 Einwohnerstadt Ostprens. Alle ähnlichen Mißstände können nur durch eine disziplinierte und straffe Organisation beseitigt werden. Nur in der Einigkeit liegt unsre Stärke, das mögen sich auch alle diejenigen merken, die wohl den Nutzen des Tarifver-trages ziehen, aber bis jetzt noch nicht das geringste zur Besserung unserer wirtschaftlichen Lage beigetragen haben. Der Referent forderte zum Schluß die anwesen-den Nichtmitglieder auf, ihren Beitritt zu erklären als Dank der Ortsverwaltung. Hierauf waren 40 Kollegen sofort bereit, weitere drei versprachen dem Verband in der laufenden Woche beizutreten. Erfreulicherweise be-fanden sich nimmehr auch ältere Kollegen darunter. Darauf schloß der Vorsitzende mit der Mahnung, die Ausführungen des Referenten zu beherzigen und strikte danach zu handeln, die ziemlich gut besuchte Ver-sammlung.

Berichtigung. Im Jahresbericht der Filiale Mann-heim in Nr. 11 des „W.-M.“ ist im Absatz 9 ein stummen-stellender Fehler vorhanden. Es heißt dort: „es könnte nicht in der Werkstatt kassiert werden. Es muß natürlich heißen: Es könne nicht Werktag kassiert werden.“

Endlich erreicht!

Am Montag den 14. März wurde eine zweite Lokal-organisation in Hamburg gegründet. So bedauerlich diese Tatsache ist, so wird sich doch kein Kollege, der die Verhältnisse in den letzten Jahren in Hamburg kennen lernte, darüber wundern, denn schon lange waren die Zustände derart, daß dieser Bruch, diese reinliche Scheidung der Geister eintreten mußte.

Um auch den Kollegen, denen eine Erklärung für diese traurigen Zustände fehlt, Aufklärung zu geben, sehen wir uns veranlaßt, auf die Verhältnisse in den letzten Jahren und die Ursachen dieser Zerspaltung etwas näher einzugehen. Wie in anderen Filialen, so bestand auch von jeher in der Filiale Hamburg Opposi-tion, es gab immer Kollegen, die an den Maßnahmen der Verwaltung oder des Vorstandes Kritik übten, wo-gegen auch nicht das geringste einzuwenden ist, so lange sich diese Kritik im Rahmen der Sachlichkeit und des parlamentarischen Tones bewegt. Leider blieb es in Hamburg nicht bei solch sachlicher Kritik, nicht nur von einzelnen Kollegen, sondern von ganzen Gruppen wurde dieser Rahmen der Sachlichkeit überschritten, dazu kam noch, daß sich die Opposition, wie dies nach Rechtsam sein soll, nicht etwa nach der Abstimmung, die ihre Nieder-lage brachte, begnügte, sondern die Opposition verharrte nach wie vor auf ihrem ablehnenden Standpunkt, kriti-sierte auch nach der Abstimmung bei jeder passenden und nicht passenden Gelegenheit die Beschlüsse von neuem, so daß von einer Ruhe nie die Rede sein konnte.

Die Opposition blieb nach jedem Beschlusse und nach jeder Versammlung die gleiche. Es wurde gar nicht erst geprüft, ob der Vorschlag der Verwaltung annehmbar ist, oder nicht, ob er die Organisation fördert oder nicht, er wurde einfach bekämpft.

Von einer praktischen Arbeit der in der Opposition stehenden Kollegen für die Organisation war nie, oder nur in Ausnahmefällen die Rede. Sie kümmerte sich weder um die Werkstattversammlungen, noch um die Verwaltungsgeschäfte, weder um die Agitation im großen, noch im kleinen. Ihre Tätigkeit bestand viel-mehr darin, auch auf der Arbeitsstelle und sonstwo die Opposition herauszuföhren und gegen die Beschlüsse Front zu machen. So mußte durch diese Opposition die Organisation geschädigt werden, umso mehr, als immer ein Teil der Kollegen sich wenig um die Situation im Ver-bande kümmert und auf der Arbeitsstelle dann in einseitiger Weise durch die Opposition seine Belehrung empfing.

Zu diesen von Haus aus ungesunden Zuständen kam dann weiter, daß die Kollegen sich durch eine Reihe Be-schlüsse, teils der Versammlung, teils der Verwaltung oder des Hauptvorstandes benachteiligt fühlten. So war es zunächst die Tarifverlängerung, die von der Opposition dazu benutzt wurde, Stimmung gegen den Vorstand und die Verwaltung zu machen, dann die Angelegenheit mit der Jnnungs-Krankenkasse und schließlich noch die Ver-handlungen zum Reichstarif.

Man täuscht sich nun allerdings, wenn man an-nimmt, daß die Opposition auch Vorschläge gemacht hätte, wie der Situation hätte entgegengewirkt werden können, sondern man begnügte sich damit, zu sagen, daß, was ihr gemacht hat, ist nichts, rolle Fragen auf, die mit der Sache gar nicht in Verbindung standen, brachte die alten Witzchen, Schnupfe auf die Angestellten, oder beschränkte sich auf Zwischenrufe, die natürlich immer möglichst blutig sein mußten. Verräter, Spitzburben und ähnliches waren alle, die in der letzten Zeit den Stand-punkt des Vorstandes oder auch nur der Verwaltung ein-nahmen. Wer waren nun die Führer der Opposition?

Unklare Köpfe. Leute, die selbst nur wenig Einsicht in das gewerkschaftliche Leben hatten, oder solche, die sich über die gewerkschaftlichen Maßnahmen schon hoch er-heben dünkten, Halbarchitekten und Bergleichen, mit denen es sachlich kaum möglich war, irgend eine Frage zu erörtern. Andere gehörten der Opposition an, um auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege in der Ver-waltung vorwärts zu kommen. So lagen die Verhält-nisse bis in die letzte Zeit. Man könnte nun einwenden, ja wie kommt es, daß sich die Mitglieder dies gefallen ließen?

Hamburg zählte etwa 8000 Mitglieder. Die Ver-sammlungen waren jedoch nur in den seltensten Fällen von mehr als 500 Kollegen besucht und darunter waren ein großer Teil immer die gleichen, während sich die übrigen nicht oder nur selten um die Versammlungen kümmerten. Es ist einmal in Hamburg so üblich, daß man dem Ver-bande angehört, deshalb bezahlt man die Beiträge, weiter ist nichts nötig. Diese Auffassung mußte man gewinnen, wenn man die Bewegung in Hamburg seit Jahren objektiv betrachtete. Ein großer Teil Kol-legen kam also nur höchst selten in die Versammlungen, andere standen auf dem Standpunkt, diese Opposition kann nicht schaden, und wie es einmal ist, es hatte sich im Laufe der Jahre dieser und jener über die die Ver-waltung führenden Kollegen geärgert und freute sich im Stillen, wenn diesen einmal die Wahrheit derb gesagt wurde. Daß man in der Organisation ist, um den so-lidarieten Geist zu pflegen, sich über gewerkschaftliche Fragen, über sozialpolitische Dinge zu unterrichten und daß dazu die Versammlung, die Geselligkeit gehört, daran haben die Hamburger Kollegen wohl nie gedacht, noch viel weniger daran, daß es außerhalb der Organisation Gegner gibt, denen Vorteile abgerungen werden sollen. Der Inbegriff alles gewerkschaftlichen Lebens war für sie der Streit, und kam es nicht dazu, so war für sie alles übrige Nebensache. Daß es auch auf anderem Wege, durch Verhandlungen, durch gemeinsames Handeln und auf sonstige Weise möglich ist, dem Gegner beizukommen, diese Möglichkeit gab es nicht für Hamburg. Zu den Tagesfragen wurde in den Versammlungen überhaupt nicht Stellung genommen, berufliche Angelegenheiten nur selten behandelt.

Gerade hier hätte aber das Versammlungswesen in Hamburg einsehen müssen, um so mehr, als alljährlich eine erhebliche Zahl junger Kollegen dort zugereist kommt, nicht zuletzt, um sein Wissen auf gewerkschaftlichem Gebiete zu bereichern. Was die Zugereisten in den letzten Jahren allerdings hier lernen konnten, hätten sie besser nicht gelernt, denn es war nicht zum Vorteil der Organi-sation.

Es läßt sich daraus erklären, wenn die Kollegen, denen es um Aufklärung ernstlich zu tun war, von den Versammlungen fernblieben und sich in anderen Kreisen auf andere Weise Belehrung suchten. Ein Teil der Schuld an den heutigen Zuständen trifft auch die Ver-waltung. Zunächst einmal bestand auch in dieser engen Körperschaft nur selten eine geschlossene Kette. Die Kollegen, teilweise aus der Opposition hervorgegangen, glaubten auch hier immer das Gegenteil von dem bean-tragen zu müssen, was von der andern Seite vorge-tragen wurde, ja es kam so weit, daß auch im Plenum, also in der Versammlung, jeder der Verwaltungs-kollege seine besondere Meinung zu jeder zum besten gab und sich nicht verpflichtet fühlte, die Beschlüsse der Verwaltung zu respektieren, geschweige denn noch zu vertreten. Es fehlte der Verwaltung auch an Initiative. Sie war immer die gehobene und nicht diejenige, die mit Vorschlägen an die Mitglieder heran-trat. Es fehlte ihr der große Zug, die Möglichkeit, eine Versammlung interessiert zu machen, die Tagesfragen in den Vordergrund zu stellen, und so war es erklärlich, daß sich die Debatten in Kleinigkeiten verloren.

Nun werden die Kollegen sagen, wenn ihr das alles gewußt habt, und habt vorausgesehen, wie sich die Dinge entwickeln, weshalb habt ihr nicht eingegriffen. Dieser Vorwurf hat allerdings einen Schein von Berechtigung, aber die Sache war keineswegs leicht. Zunächst einmal mußte die freie Entscheidung der Filiale gewahrt wer-den, denn es wurde an und für sich der Vorwurf er-hoben, daß sich die Hauptverwaltung zu viel in die Filialgeschäfte einmische. Aber dieser Vorwurf war nicht berechtigt. Dann mußte der Vorstand in allen Dingen eine gewisse Reserve bewahren, da nach Lage der Dinge immer zu befürchten war, daß er aus diesem und jenem Grunde als Berufungsinstanz angegangen wird, und daß er damit schließlich in die Lage kommen könnte, in einer Sache Partei zu werden. Also auch solchen Komplikationen mußte vorgebeugt werden. Dann war es in den letzten Jahren auch überhaupt unmöglich, in irgend einer Frage entscheidend einzugreifen, nachdem die Antimosität gegen die Angestellten so groß war, daß es gar keinen Zweck hatte, den Versuch zu machen, mit irgend einer Ansicht durchzubringen.

Wurde also von den Mitgliedern nicht selbst eine Aenderung durchgebracht, oder von der Verwaltung ein energischer Anlaß genommen, die Zustände zu bessern, so konnte dieser Einfluß von der Hauptverwaltung erst recht nicht ausgeübt werden, wollte man nicht in der ganzen Angelegenheit kurzen Prozeß machen.

So lagen die Verhältnisse kurz vor der außerordent-lichen Generalversammlung. Kollege Lobler hat diesen Zustand in Dresden anlässlich einer Resolution, die von Hamburg eingebracht war, in ähnlichem Sinne wie hier geschildert. Die Hamburger Delegierten sahen voraus-sichtlich auch ein, daß es auf diesem Wege nicht möglich ist, dem Ver-bande zu nutzen und stimmten selbst nicht für die Resolution.

Was war aber die Folge? Am 11. März in einer Filialversammlung die Berichterstattung über die Generalversammlung erfolgen sollte, benutzte die Opposi-tion einen kleinen Anlaß, um die Versammlung zu sprengen und so die Berichterstattung und die schließlich damit verbundene Unter- einander einzelner Kollegen von der Opposition zu verbinden. Man traute dem Referenten, der allerdings auch zur Opposition gehörte, nicht mehr und deshalb mußte man vorher zu einem Ziele, das die Opposition bereits in einer Vorbesprechung fest-gelegt hatte, kommen.

Als Anlaß, die Versammlung zu sprengen, wurde die Nichtbefähigung des früheren Mitgliedes Lehy als Verwaltungsmittelglied benutzt. Man beantragte, die Nichtbefähigung durch den Hauptvorstand als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Dem früheren Filialangestellten Rühl von Elm, der in Hamburg fort-gesetzt in Opposition machte, gelang es dann in der

Begründung des Antrages, die Versammlung unmöglich zu machen. Der Versammlungsbericht im „Hamburger Echo“ sagt dazu folgendes:

„Maier. Mitglieder-Versammlung am 11. März im Gewerkschaftshaus. Es sollte über die außerordentliche Generalversammlung und über die bisherigen Verhandlungen des Ortsamtes berichtet werden. Da aber das neugewählte Vorstandsmittglied L. vom Hauptvorstand nicht beauftragt worden ist, beantragte er, dieses als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Trotz der Einwendung Sehlerts, daß dieses nicht der richtige Weg sei, sondern die Entscheidung des Ausschusses, bei dem L. Berufung eingelegt habe, abgewartet werden müsse; entschied sich die Versammlung für die sofortige Behandlung des Falles. L. führte nun die Gründe an, welche der Hauptvorstand vorgebe, um ihm die Bestätigung zu verweigern. Sie sollen darin liegen, daß L., wenn nicht gar Mitglied, so doch mit der Lokalorganisation sympathisiere. Er habe dagegen in der Vorstandssitzung bereits erklärt, daß er dort weder Mitglied sei, noch ihnen sympathisch gegenüberstehe. Wiewohl habe er die Lokalisten stets auf das Berkehrte ihrer Handlungsweise hingewiesen. Aber der Hauptvorstand glaube ihm nicht und sage, er meine es nicht ehrlich. Er könne sich aber auf das Zeugnis vieler im Saale anwesender Kollegen berufen, die wissen, daß er die Lokalisten stets entgegengetreten sei. N. verlangt von den Kollegen, sich mit L. solidarisch zu erklären, weil das, was L. heute passiert, jedem andern morgen passieren könne. Am Montag abend fände eine Versammlung bei v. Salzen statt und ersuche er die Kollegen, dorthin zu kommen, wo sie sich frei ausdrücken könnten. Nachdem L. noch einmal das Wort ergriffen, forderte N. die Kollegen auf, zum Protest gegen eine solche Vergewaltigung den Saal zu verlassen. Die Mehrzahl folgt dieser Aufforderung, sodaß es unmöglich ist, die Versammlung fortzusetzen.“

Diese Darstellung entspricht in dem knappen Rahmen zwar nicht ganz der Tatsache, weshalb, um Irrtümern vorzubeugen in dem wichtigsten Punkte eine Richtigstellung notwendig war, um so mehr, als doch so manchem Kollegen der Zusammenhang nicht ganz klar geworden sein mag. Wir wollen die Richtigstellung hier zum Ausdruck bringen.

Zur Richtigstellung.

In der Nummer 63 des „Hamburger Echo“ vom 16. März befindet sich unter der Rubrik „Vereine und Versammlungen“ ein Bericht über die am 11. März im Gewerkschaftshaus abgehaltene Mitglieder-Versammlung der Maier, dessen Inhalt den Tatsachen nicht voll entspricht, und zwar gerade in dem wichtigsten Punkte. In dem Bericht wird ausgeführt: L. führte nun die Gründe an, welche der Hauptvorstand vorgebe, um ihm die Bestätigung zu verweigern. Sie sollen darin liegen, daß L., wenn nicht gar Mitglied, so doch mit der Lokalorganisation sympathisiere. Er habe dagegen in der Vorstandssitzung bereits erklärt, daß er dort weder Mitglied sei, noch ihnen sympathisch gegenüberstehe usw.“

Wenn der Schriftführer den Ausführungen des Leby aufmerksam gefolgt wäre, der auch das Schreiben des Hauptvorstandes, das er in Abschrift besaß, gelesen hat, so hätte er gesehen, daß in den angeführten Gründen des Hauptvorstandes nicht der der wichtigste war und zur Nichtbestätigung führte, daß Leby mit der Lokalorganisation sympathisiert, sondern daß der Hauptgrund durch die von Leby und Genossen eingebrachte Resolution gegeben war. Diese Stelle des Schreibens wurde beim Verlesen noch besonders betont und wurde auch in der Diskussion von dem folgenden Redner darauf Bezug genommen, so daß es schwer verständlich ist, wie der Schriftführer zu seiner Auffassung kommen konnte. Die Feinerzähl der Hamburger Versammlung vorgelegte und auch diskutierte Resolution lautet folgendermaßen:

„Unterschiedene Kollegen beantragen, von heute ab jede weitere Absendung von Geldern an die Hauptkasse zu unterlassen und erklären, für den Fall, daß unsere Beamten diesen Beschluß nicht ausführen, einen provisorischen Vorstand zu wählen.“

Josef Kleine, S. Levy, G. Kint, Hubne, Bribila, W. Krebs, B. Milhlenbrint, Wiesener, Frissem, Bartels, C. Kuhl, F. Bouschen, P. Haubitz.“

Daß es sich besonders um diese Resolution handelte wird dadurch bestätigt, daß Kint in seinen Ausführungen erklärte, daß sich die Unterzeichner dieser Resolution mit Levy solidarisch erklären.

Um späteren Unrichtigkeiten und falschen Schlussfolgerungen vorzubeugen, sehen wir uns veranlaßt, diese Richtigstellung zu geben. Daß sie der Tatsache entspricht, wird dadurch bestätigt, daß die Gründung einer Lokalorganisation bereits am Montag vollzogen wurde und die Unterzeichner der Resolution die Leitung dieser Sonderorganisation in Händen haben. Mit der Wahl des Levy in die Filialverwaltung bestand jedenfalls die Absicht, eine Mehrheit zustande zu bringen, um das Filialvermögen, wie es in der Resolution ausgesprochen ist, für die neue Organisation zu beschlagnehmen.

Die am Montag angekündigte Versammlung hat nun auch stattgefunden und wurde dort, wie wir erfahren haben, eine neue Organisation ins Leben gerufen. Sie soll allerdings kein Lokalverband sein, sondern eine neue Zentralorganisation. Bereits im Jahre 1907 wurde ja von der seinerzeitigen Opposition unter der Führung des bekannten Heider ein Lokalverband gegründet, der heute noch besteht und wohl an 15 Mitglieder zählt und diese schmunzeln schon wegen des Zuwachses, wie eine Notiz in der „Einigkeit“ erkennen läßt.

Wir glauben nicht, daß die neue Organisation der Filiale Hamburg einen großen Schaden zufügen wird, denn der größte Teil unserer Mitglieder weiß wohl, daß zu derartigen Vorgehen keine Ursache vorhanden war, um so weniger, nachdem die Generalversammlung den Tarifabschluß sanktionierte, und daß, wenn es einmal innerhalb der Organisation nicht mehr möglich ist, Ordnung zu schaffen, durch die Persönlicher der Organisation noch viel weniger erreicht werden kann.

Wir unterbreiten hiermit den Kollegen Deutschlands den Sachverhalt, mögen sie daraus eine Lehre ziehen, wie es nicht gemacht werden darf, wenn die Organisation ihrer Aufgabe gerecht werden soll.

Die Generalversammlung hat den Standpunkt der Hamburger Kollegen, soweit sie jene Resolution gefaßt

haben, auf das schärfste verurteilt und zwar mit Recht, denn unser Verband bietet auch im Instanzenweg alle Garantie, daß der einzelne sowohl als die Filialen zu ihrem Rechte kommen können. Wenn aber über das Statut hinweg derartige Beschlüsse gefaßt werden, wenn sich einzelne ganz außerhalb des Rahmens der Organisation stellen, dann dürfte an ihnen nicht viel verloren sein. Mit dem Austritt aus der Organisation hat die Opposition gedroht wegen des Reichstarifes, betätigt hat sie den Austritt wegen der Nichtbestätigung eines Verwaltungsmittgliedes. Es war ihr die Ursache ganz einerlei, sie wollte mit Gewalt Sonderbündel treiben, entgegen dem Beschlusse unserer letzten außerordentlichen Generalversammlung.

Dieser Schritt ist unverantwortlich, im gegenwärtigen Augenblicke, wo die Durchführung des Tarifes auf dem Spiele steht, wo mehr als je eine geschlossene Organisation notwendig ist. Dieses Spiel mit dem Feuer allein zeigt schon, wie wenig die Opposition in Hamburg die jetzige Situation begriffen hat, daß sie in die Macht und die Geschlossenheit der Kollegschaft einen Keil treibt, zum Hohne der aufgeklärten Arbeiterschaft, zum Schandname unserer Gegner und des Unternehmertums.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Zentrale Verhandlungen im Baugewerbe sind abermals gescheitert. Die Verhandlungskommissionen des Arbeitgeberbundes und der vier in Frage kommenden Zentralverbände der Arbeiter traten am 9. und 10. März erneut zur Verhandlung zusammen, um eine Einigung zu versuchen. Im November sind diese Körperschaften schon einmal zusammen gewesen, ohne daß eine Verständigung in irgend einem wesentlichen Punkte erfolgt wäre. Die Situation ist schwierig und eigenartig. Der Arbeitgeberbund ist es nämlich, der das Alte stützen und Neues, wenn auch nicht Besseres, an Stelle des bisherigen setzen will. Er unterbreitete den Zentralverbänden Forderungen, die das bisherige Vertragsverhältnis auf eine völlig andre Grundlage stellen. In dem von den Unternehmern unterbreiteten Vertragsmuster erblickten die Arbeiterverbände ein Mittel zur Bekämpfung ihrer Organisationen, und es verfiel auch in Wirklichkeit die Grundlagen der Parität und tastet die Gleichberechtigung der Organisationen an. Die Zentralverbände haben nur wenige Anträge und Änderungsanträge eingebracht, die die Grundlagen des Bestehenden aber durchaus nicht berühren. Die Verhandlung verlief ebenso resultatlos wie die im November. Nur in nebensächlichen Dingen ist ein Ausgleich erzielt worden; in allen Fragen von sachlicher und prinzipieller Bedeutung sind sich die Parteien keinen Schritt näher gekommen.

Der Deutsche Arbeitgeberbund wird nun am 22. d. M. eine außerordentliche Hauptversammlung in Dresden abhalten, auf der er aller Wahrscheinlichkeit nach bereits Maßnahmen ergreifen wird, mit denen er glaubt, die Zentralverbände zu zwingen, nämlich: die Aussperrung auszuordnen, oder wie es in salonsfähigem Tone heißt, die Geschäfte und Betriebe zu schließen. Der Arbeitgeberbund wird den Zentralverbänden umgehend seine Entschlüsse mitteilen und die Arbeiterverbände werden auf ihren, eigens zu diesem Zwecke einberufenen Verbandstagen beraten, welche Antwort dem Arbeitgeberverband gegeben werden soll. Sollte aber der Arbeitgeberbund weitere Verhandlungen wünschen, so erübrigen sich die Verbandstage. Alle Wetterzeichen deuten aber auf Sturm. Zunächst hat nun der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe das Wort. In seiner Hand wird es liegen, ob in den nächsten Wochen ein Krieg entzündet von ungeheurem Umfange und unberechenbaren Folgen, oder ob dem Baugewerbe der Frieden erhalten wird.

Ein eigenes Verbandshaus, zu dem vor kurzem der Grundstein gelegt worden ist, will sich der Maurerverband in Hamburg bauen. Im Verbandsorgan, das diese Mitteilung macht, wird bei dieser Gelegenheit erzählt, wie das Anwachen der Organisation einen häufigen Wechsel der geteteten Bureauräumlichkeiten für die Hauptverwaltung notwendig machte. Bestimmte Anforderungen, die mit Rücksicht auf den Geschäftsbetrieb an die Lage und die Einrichtung des Verbandsbüreaus gestellt werden müssen, machten schließlich die Beschaffung geeigneter Mieträume zu einem angemessenen Preise fast unmöglich. Der Vorstandsvorstand kam deshalb zu dem Entschluß, ein eigenes Heim für den Verband zu bauen und der Verbandstag hat im Jahre 1908 den Plan gutgeheißen. Nunmehr hat der Vorstandsvorstand in der Nähe des Verknecht-Bahnhofs in Hamburg drei Häuser mit dem dazugehörigen Platz für 130 000 M. gekauft. Die alten Häuser sind jetzt abgebrochen und die Ausschachtungsarbeiten sind soweit gediehen, daß die Grundsteinlegung erfolgen kann. Die Maurerarbeiten für den Neubau wird der Verband in eigener Regie ausführen; die übrigen Arbeiten sind Firmen übertragen, die auf die Streifenlaufel verzichten und die Unterhaltung der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen garantieren. Die Kosten des Baues, der neben den für den Verband erforderlichen Bureaus- und sonstigen Räumlichkeiten auch eine Anzahl Mietwohnungen enthalten wird, werden sich insgesamt auf etwa 200 000 M. belaufen, so daß sich das ganze Objekt auf 330 000 M. stellen dürfte. Zur Verhütung etwa im Verband vorhandener ängstlicher Gemüter, die fürchten, daß der Hausbau eine Schwächung der Verbandsklasse bedeutet, wird darauf hingewiesen, daß der in das Haus gesteckte Wert jederzeit vorhanden ist und durch Aufnahme von Hypotheken, wenigstens zum größten Teil, wieder in Bargeld umgewandelt werden kann. Das vorhandene Verbandsvermögen wird durch den Hausbau nicht vermindert, sondern nur auf andere Weise nutzbringend angelegt. Dem Blatte des Maurerverbandes, sich auf eigene Füße zu stellen und sich von privatem Baukapital unabhängig zu machen, liegt unstreitig ein gesunder Gedanke zu Grunde.

Ganz vernünftige Ansichten zweier dänischer Geistlichen über die moderne Arbeiterbewegung finden wir in der Arbeiterpresse. Der eine Pastor sagte: „Es ist meine Überzeugung, daß die Gewerkschaftsbewegung Nutzen gebracht hat und ganz besonders auch die moralischen Eigenschaften der Arbeiter erhöht hat. Lebten man fern von anderen Menschen, so mag man tun, was man will. Lebten man aber mit so vielen zusammen, so hat

man Rücksicht auf die Allgemeinheit zu nehmen und vor allem nichts zu tun, was die Arbeitsbedingungen der anderen beeinträchtigen kann. Man soll sich nicht weigern, einem Fachverein beizutreten, mit der Motivierung, daß man damit vielleicht etwas Besseres bewirken könnte. Denn dann wänt man ja auch nicht Staats- noch Gemeindeglieder sein, wenn jeder einzelne die Verantwortung für jede Handlung dieser Gemeinschaften tragen würde.“ — Der andere Pastor äußerte: „Es ist meine Meinung, daß die Vorkämpfer der Organisation die tüchtigsten und rechtschaffensten Arbeiter sind, während an den Streikbrechern oft ein moralischer Schaden gefunden wird. Es liegt eine große Gefahr darin, mit einer ökonomischen Bewegung den Namen Christi zu verknüpfen. Wir Geistlichen protestieren energisch dagegen, daß es Gottes Sache sein sollte, als Streikbrecher zu arbeiten.“

Die Herren haben gut reden. Eine Anzahl Fabrikanten, Grundbesitzer, Kommerzienräte und ähnliche wirtschaftlich unabhängige Leute des rheinisch-westfälischen Industriegebietes haben in den Zeitungen eine Erklärung abgegeben, worin sie die Erhaltung resp. Einführung der öffentlichen Stimmabgabe bei den Wahlen fordern. Es heißt darin: „Die Unterzeichneten sprechen sich mit aller Entschiedenheit für die öffentliche Wahl aus, für die große Männer, unter denen kein geringerer als Bismarck, eingetretet sind und für die vor allen Dingen die praktische Erfahrung und die Bedürfnisse des schaffenden und erwerbenden Volkes laut und eindringlich sprechen. Die Öffentlichkeit ist es, die heute auf allen Gebieten des Reichs und der Verwaltung, ja im ganzen Staatsleben herrscht und verlangt wird, an der Öffentlichkeit soll und muß festgehalten werden auch im Wahlrecht unseres Landes. Gegen böswillige Verletzungen des Wahlgeheimnisses und gegen terroristische Beeinflussungen der Wähler schützt auch die geheime Wahl erfahrungsgemäß nicht. Sie fördert die heimliche Verbreitung von Unzufriedenheit und birgt die Gefahr in sich, daß auch in Wählerkreisen, auf deren Erhaltung bei unerschütterlichem Staatsbewußtsein nicht verzichtet werden kann, das politische Verantwortlichkeitsgefühl abgestumpft wird. Die im preussischen Staat überlieferte Öffentlichkeit der Wahl erhält das Gefühl politischer Verantwortlichkeit rege, und nur durch Stärkung und Erhaltung dieses Bewußtseins fördert die Selbsterziehung des Volkes zur Staatsgefömmung und zu politischem Verständnis vorwärts. Ein Blick in die Statistiken der Landtags- und Reichstagswahlen zeigt, daß die geheime Wahl staatsfeindlichen Bestrebungen den Schein einer Stärke und Verbreitung verleiht, die sie nicht besitzen. Der Sozialdemokratie gibt bei den Landtagswahlen nur ein Drittel, in Berlin nur wenig über die Hälfte der Wähler wieder die Stimme, die wenige Monate vorher bei den Reichstagswahlen für sie gestimmt haben. Und doch besteht kein Zweifel darüber und wird auch von der sozialdemokratischen Partei nicht in Abrede gestellt, daß diese Partei bei der öffentlichen Stimmabgabe nicht minder als bei der geheimen alle ihre überzeugten Anhänger und jeden ihrem Einflusse sonst wirklich zugänglichen Wähler für sich in Bewegung zu setzen weiß.“

Einen wirksamen Schutz gegen unläutere Beeinflussungen bei der Wahl bietet nur die Erziehung zur Achtung und Duldung der politischen Ueberzeugung anderer. Sie kann nur gewonnen werden, wenn der Wahlterrorismus sich offen und unverhüllt zu zeigen gezwungen wird. Nur dann ist es auch möglich, ihm durch scharfe Handhabung der Wahlprüfungen gegenüber den von ihm beeinflussten Wahlen wirksam entgegenzutreten und in den — nach den bisherigen Beobachtungen übrigens seltenen — Fällen wirklicher Schädigungen die Schuldigen verantwortlich zu machen.“

Die Herren befinden sich in einer unabhängigen Stellung und brauchen deshalb vor einem Wahlterrorismus keine Angst zu haben; sie wissen deshalb auch nicht, wie es Arbeitern und kleinen Leuten zu Mut ist, die gern ihre Ueberzeugung zum Ausdruck bringen möchten, aber die wirtschaftlichen Folgen fürchten. Uebrigens ist es der Gipfelpunkt der Heuchelei, wenn gerade sie von der Achtung und Duldung der politischen Ueberzeugung anderer reden, sie, die jeden abhängigen Menschen mahregeln und brotlos machen, der anderer Ueberzeugung ist als sie. Diese schamlose Heuchelei wird bei jedem Sachkenner nur Gel erregen.

Der kleine Mittelstand muß erhalten bleiben! So rufen die ostelbischen Junker, wenn sie die „mittelstandsföndliche“ Politik der Sozialdemokraten verurteilen, doch ist leider ein großer Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Das zeigte folgendes Beispiel. In dem Dorfe Jollant im Kreise Rosenburg wohnten vor zehn Jahren noch zahlreiche Bauernbesitzer; auch war damals eine Schule in dem Dorfe. Heute findet man an der Stelle, wo einstmal eine Anzahl fleißiger Bauern ihre Existenz hatte, nur ein einziges bewohntes Gehöft, dessen Bewohner ein Privatförster und Fischereiaufseher ist, und ein altes verfallenes und unbewohntes Häuschen. Die Wege zu diesem Orte, die zum Teil durch Wald führen, sind vollständig mit Gras bewachsen; man sieht es ihnen an, daß sie nur im Winter vielleicht zur Holzabfuhr benutzt werden. Kein Wegweiser oder Begelein zeigt dem Wanderer die Richtung an. Der mächtige Nachbar des Dorfes, der adlige Rittergutbesitzer, der sein Gebiet vergrößern wollte, hat nach und nach die Besitzungen der einzelnen kleinen Bauern angekauft und heute ist er Herr der gesamten Ländereien, aber ein früher blühendes Dorf ist vom Erdboden verschwunden, sicher nicht zur Förderung und kulturellen Hebung der Landwirtschaft und jenes fleckigen Vaterlandes. Der betreffende Rittergutbesitzer aber ist Herr v. O. Ibenburg auf Januscha, der bekannte Großgärtner, der immer am lautesten mit seiner Bauernfreundlichkeit prunkt.

Eine ungeheuerlich klingende Mitteilung macht die Bergarbeiterzeitung, indem sie meldet, daß an ausländische Mitglieder des Bergarbeiterverbandes im Ruhrbecken Ausweisungsbefehle ergangen sind. Diese Ausweisungsbefehle werden wieder rückgängig gemacht, wenn die Ausgewiesenen dem Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter beitreten. So erging es dem früheren Kassierer des Bergarbeiterverbandes in

Gostermart. In Osteln ist einem Bergmann die Ausbeutung zugesichert worden, der schon 19 Jahre im Ruhrbecken ist und sich redlich durchgeschlagen hat. Der katholische Geistliche Bröcker will die Ausbeutung rückgängig machen, wenn der Mann die Kinder katholisch taufen lassen will!!!

Herr Bröcker arbeitet mit größtem Ueberflusse gegen den Verband und für den Gewerksverein. Er sucht die Wohnungen der Verbandsmitglieder auf. Das Eigenartige ist, daß die christlichen Agitatoren des Gewerksvereins den ausländischen Verbandsmitgliedern drohen, daß, wenn sie nicht ihren Uebertritt aus dem Verband in den christlichen Gewerksverein erklären, sie seitens der Polizei ausgewiesen würden.

Sollten diese Mitteilungen auf Wahrheit beruhen, woran wir nicht zweifeln, so wäre es an der Zeit, daß einmal im Parlament angefragt würde, ob wir noch in einem Staate leben, der Religionsfreiheit gewährleistet oder ob wir wieder in „die guten, alten Zeiten“ zurückverkehrt sind, in denen die Geistlichkeit die erste Stelle und alles beherrschte.

Dom Ausland.

Oesterreich. In Graz sind die Lackiererwerkstätten Klühme, Urschitz und Neemahen gesperrt. Ungarn. Nach Nagybuda (Großwardein) ist Zug fernzuhalten. — Die Franz Schloßnische Leistenvergoldungsfabrik und die Kunstschmiedefabrik Johann Felberbaum in Budapest bleiben gesperrt.

Die 7. Generalversammlung unseres ungarischen Bruderverbandes tagte am 20. und 21. Februar d. J. in Budapest. Die Verichterstattung der Zentralleitung erfolgte durch die Kollegen Donat (Vorsitzender), Berger (Sekretär) und Hofmann (Kassierer). Einstimmig wurde dem Verbandsvorstand Decharge erteilt. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung bildeten die Stellungnahme zur Unterstufungsfrage und Aenderung der Statuten. Vom Verbandsvorstand waren hierzu Vorschläge unterbreitet worden, die auch zur Annahme gelangten. Es wurde beschlossen, daß, sobald der Verband 2000 berechtigter Mitglieder zählen wird, die Krankenunterstützung einzuführen ist, und zwar soll jedes Mitglied, das auch der Bezirkskrankenkasse angehört, nach der sechsten Krankwoche, wenn es der Bezirkskasse nicht angehört, vom ersten Tage der Krankheit an folgende Unterstützung bekommen: Nach einjähriger Mitgliedschaft 50 S. pro Tag, von zwei- bis dreijähriger Mitgliedschaft 60 S. pro Tag, von drei- bis fünfjähriger Mitgliedschaft 80 S. pro Tag und bei über fünfjähriger Mitgliedschaft 1 S. pro Tag. Außerdem sind Erbfallunterstützungen festgelegt für das Mitglied, für dessen Frau und für Kinder unter 14 Jahre; ferner Heil-, Geburts-, Invaliden- und außerordentliche Unterstützungsmäßen.

Ferner wurde beschlossen, daß die Delegierten-Generalversammlung alle zwei Jahre stattfindet. Die Mitglieder haben vom 1. März bis Ende März — 40 Wochen — einen Wochenbeitrag von 35 S., vom 1. Dezember bis Ende Februar — 12 Wochen — einen Wochenbeitrag von 15 S. zu leisten. In die Zentralleitung wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt. Die Beschlüsse sind für unsere Brudervergänger von hoher Bedeutung. Mögen sie dazu beitragen, daß der Verband in seiner Weiterentwicklung immer besser ausgerüstet und gestärkt wird, um den Kollegen ein sicherer Hort in allen Gefahren zu sein.

Streiklichter aus den Vereinigten Staaten Amerikas.

Bunt durcheinander, nach allen Richtungen hin, auf verschiedenem Wege wird der Kampf um eine bessere Existenz geführt. Die Frauen und Mädchen haben hier in diesem glorreichen Lande einen schweren Kampf in der Kleiderindustrie ausgekämpft. Zwölf Wochen lang wogte der Streik, der über 30 000 Frauen und Mädchen (die größte Anzahl war russisch-jüdisch) umfaßte. Während dieser Zeit wurden viele der Streikenden, die auf Streikposten standen und die Arbeitswilligen von der Arbeit abhielten, von der Polizei vor das Gericht geschleppt und bestraft. Diejenigen, die das Glück hatten, mehrmals vor das Gericht zu kommen, wurden nach dem Arbeitshaus geschickt; doch nach zwölf Wochen war der Streik gewonnen und die Forderungen sowie die Organisation anerkannt.

Allgemein nennt man die Vereinigten Staaten das Land der unbegrenzten Möglichkeiten; so kam es auch, daß sich im Kampfe der Kleiderindustrie bei den Frauen und Mädchen ein neuer Kampf herausbildete und zwar die Organisation der Frauenbewegung. Eine Frau Belmont — eine Tochter Morgans, die beiden Größen der Finanzwelt, sah man teilnehmen an der Bewegung der streikenden Mädchen; jedoch nicht, um die Besserung der Arbeitsverhältnisse zu fördern, sondern für die sogenannte Frauenbewegung wurde das Kriegsbeil geschwungen.

Raum war dieses Schlachtfeld abgeräumt, kam ein härterer Kampf zum Ausbruch und abermals waren es die Frauen, die die Lämtronomie führten. Es waren jene Frauen, die mit dem sogenannten Wochengeld auskommen müssen, ihnen gestellten sich noch die kleinen Geschäftskleinte in der Lebensmittelindustrie dazu. Es ging an den Geldbeutel, der allmähliche Trutz, der Beschützer des amerikanischen Volkes, hat für seine Waren im Lebensunterhalt nach seinem Gutdünken — für die Wohlhabenderen Mitbürger, die nach seiner Ansicht noch zu gut leben — eine nacheinander folgende Preiserhöhung eintreten lassen, die mit dem Wochengeld, d. h. dem Verdienst nicht Schritt hält. Die Presse bemächtigte sich der Bewegung, die Aufregung war eine große. Die Städte, die Staaten und der Vereinigte Staaten-Bund setzten Untersuchungsbehörden ein und vom Volke erkam der Kampfdruck: „Boykott!“ Ueberall erscholl es: „Nieder mit dem Fleischtrutz! Betr. Fleisch mehr!“

Nach kurzer Zeit schwebte die Presse, diese feige Presse, die ja mit im Golde der Trutz steht. Die Untersuchungen, die von den Behörden geführt werden, können zu keinem günstigen Resultat führen, weil diejenigen, die die Untersuchungen leiten, Diener des Truzs sind. Der Boykott hat keine Wirkung verloren, denn der Mensch muß doch etwas genießen, um sich zu erhalten; aber alle Nahrungsmittel (außer Luft) liegen in den Händen der Truzs und diese bilden unter sich eine geschlossene

Familie. Zum Lohn für seine Konsumenten erhöht er die Preise weiter und die Bewegung erinnerte mich an ein Bild, das ich früher in einem Witzblatt sah: Der Wollwurm — und der Wollkäder. Wie die Viechen unter der Last des Lebensmitteltruzs leiden, zeigt folgender Bericht:

„Ein Dinner. Es scheint nicht, als ob unsere herrschenden Herren besonders schwer unter den Fleischpreisen zu leiden haben. Im Holland House, einem der großen Hotels unserer Stadt, das dem „besseren“ Teil der Menschheit — „besser“ weil reicher — zu Zusammenkünften zu dienen pflegt, fand dieser Tage ein Dinner statt. Dieses Dinner wurde zu Ehren eines Mannes gegeben, der in Theaterkreisen und unter Grundbesitzerspekulanten einen Namen hat. Die Zahl der Gäste betrug fünfzig. Die Kosten der Mahlzeit für jeden einzelnen der Gäste werden auf hundert Dollars angelegt. Ob das mit oder ohne Wein gerechnet ist, wissen wir nicht. Nicht unwahrscheinlich ist es indes, daß dabei nur die Suppe, Fisch, Fleisch und Gemüse nebst Zubehör in Rechnung gestellt sind. Die fünftausend Dollarschen, die in dieser Weise verfrachten wurden, decken natürlich nicht die ganzen Kosten. Die New Yorker „Times“, die eingehend über die Affäre berichtet, weiß zu melden, daß in bezug auf „Bedienung und Dekoration“ dieses Dinner eines der teuersten und kostbarsten der letzten Jahre gewesen sei. Sogar ein Schimpanse wurde zur Unterhaltung herangezogen.“

Die „teuerste Bedienung!“ Das Blatt schreibt nicht, was damit gemeint ist. Doch gibt diese Andeutung zu allerlei Vermutungen Anlaß. — Und die Dekoration! Man höre, was die „Times“ darüber erzählt: Der Speisesaal war mit Palmen, Blättergirlanden, Rosen und Bellschen prächtig eingerichtet. Die Rosen hingen in großen Bündeln von Wänden und Decke herab. Die Tische waren mit Orchideen und seltenen Blumen geschmückt. Ein konservativer Ueberschlag ergibt für diese Dekorationen allein die Summe von mehr als fünftausend Dollars. — Fünftausend Dollars für Blumen und fünftausend Dollars für Essen ergibt für diese zwei Posten allein schon die Kleinigkeit von zehntausend Dollars für dieses eine Dinner, wobei die Kosten der Unterhaltung mit dem Waff und die großen Kosten der Bedienung — was immer darunter verstanden sein mag — nicht gerechnet sind. Es dürfte nicht zu hoch veranschlagt sein, wenn man die Gesamtrechnung für dieses kleine Dinner auf zwanzigtausend Dollars setzt. Mit andern Worten: Die fünfzig Gäste im Holland House verzehrten an einem Abend rund das Jahresinkommen von fünfzig Arbeiterfamilien.“

Nur selten findet sich jemand, der Stellung nimmt gegen diese Ausbeutung; doch kam es vor, daß an einer Geburtstagsfeier Mr. Lincoln, des angeblichen Befreiers der Sklaven, ein höherer Richter eine drastische Rede hielt, er sagte u. a.:

„Gouverneure, wahre Muster von Bürgertugend, sind rasch dabei, die Miliz (Würgerwehr) zu mobilisieren, um einen Präzedenzfall (Faulstampf) zu unterdrücken. Während in demselben Gebäude (dem Staats-Kapitol) die ungefragte Schändung der Gebe in hohem Maße dafür verantwortlich ist, daß die Preise für das Notwendigste, was der Mensch braucht, ins Himmelshoch gestiegen sind und wahre Brotarmut veranlaßt haben.“

„Man verachtet geschlechtlich“, rief Richter Howard fort, „Kellner, ein Trinkgeld von 10 Cents von dem Manne anzunehmen, der eine Stunde an seinem Tische sitzt. Während man ruhig und gemächlich zuseht, wie die Schatale des öffentlichen Lebens das Publikum um Millionen von Dollars berauben... Während eine „Direkte Primärwahl“-Vorlage zu den übrigen dreihundertdreißig Abschnitten des Wahlgesetzes, die alle mit der Zeit zu toten Buchstaben geworden sind, hinzugefügt wird, damit auch dieses Gesetz vollständig das Spielzeug der Bosheit werde, verschwindet vom Tische des Redners Eier und Butter und das Fleisch... Während die Gesetzgeber ihre eigene Zeit vertreiben und das Volkes Geld vergeuden, indem sie unter sich und gegeneinander Beschuldigungen von Bestechung und Betrug und Korruption erheben, hat sich das korporative Ungeheuer ungestört und ungehindert den Weg zum Herzut des Volkes gebahnt, und von dem Tische des Kranken und von der Wiege des Babys stiehlt es frech sogar die Milch...“

Ein anderer hoher Richter hat die Arbeiterorganisationen wehrlos gemacht. Die Gutmacher haben einem Fabrikanten die Unionmarke entzogen, wodurch der große Ausstand kam, der über ein Jahr dauerte. Der betreffenden Firma erlöhnt durch die Entziehung der Unionmarke ein großer Schaden und sie verklagte die Gutmacherorganisation auf 200 000 Dollar Schadenersatz. In der Stadt Danbury, wo die Firma sich befindet, wurde das Geld und Wagnis haben der Organisation mit Beschlag belegt und das Privatvermögen vieler Mitglieder gepfändet. Die Appellation der Gutmacher blieb erfolglos, indem das Obergericht vom Staate Connecticut zugunsten der „Offenen Werkstätten“ entschied. Gerade so wie beim Präsidenten S. Compers vom Zentralverein. Man wird nun an das Bundes-Obergericht — die letzte und höchste Behörde — appellieren. (Schluß folgt.)

Technisches.

Das Ergebnis eines Maler-Wettbewerbs. Aus München wird uns geschrieben: Wenn wir heute es auch sehr gewöhnt worden sind, daß bei jeder Kleinigkeit, wenn es gilt, einen Entwurf zu irgendeiner Sache zu gewinnen, die Künstler angerufen werden, so ist es doch keineswegs immer notwendig, daß es geschieht. Mögen die Handwerker nur Vertrauen fassen, dann werden sie die Frank und wieder aus sich selber, aus dem Handwerk, herausholen, wie dies neuerdings die Mitglieder der Gruppe München des Süddeutschen Malermeisterverbandes darboten, als sie aufgefordert wurden, ein neues Plakat der „Ausstellung bayerischer Wohnräume München 1910“ auf dem Wege eines Wettbewerbes zu beschaffen. Dreiunddreißig Entwürfe lagen der Beurteilung vor; und diese Entwürfe waren, bis auf zwei oder drei Ausnahmen, im allgemeinen nicht bloß sehr gut, sondern in ihren besten Leistungen sogar vorzüglich. Sie betrauten eine wirklich schöne Einsicht in das Wesen eines guten Plakates, das den Betrachter anziehen und so fesseln soll, daß er es mit Vergnügen betrachtet. Sie vermieden jedes Überlante, daher aufbringliche und unangenehme Beschrei, hielten sich in den Grenzen einer mehr ruhigen dekorativen

Wirkung und zeigten gleichzeitig den Charakter einer gewissen gesammelten Bildungsmäßigkeit, die eben auch den Betrachter innerlich zur Empfanglichkeit sammelt und ihn gespannt macht, zu erfahren, was es da gebe. Tatsächlich besaßen die Entwürfe, aus so verschiedenen Quellen sie auch geflossen waren, diese gemeinsamen Charakterzüge. Es gab auch keine Geschmacklosigkeiten in den Ideen oder Unverständlichkeiten, sondern die Entwerfer haben wirklich sehr hübsch bei der Sache zu bleiben und drückten sich auch in den figürlichen Vergleichen, wo sie solche anwendeten, sehr klar und deutlich aus. Einen ersten Preis erhielt eine Arbeit des Malers Georg Fuchs, Mitinhaber der Werkstatt von Fuchs & Kießgen, die in ihrer Art, obwohl auf die denkbar einfachste Weise komponiert, den Betrachter förmlich poetisch ansprach: Zwei große Rosenbüsche zu den Seiten eines ovalen hellbraunen Schilbes mit weißer Schrift, das oben in blau noch etwas bekränzt war und dem zu Seiten, von den Rosenbüschen, große blaue Bandschleifen herabfielen, alles auf weißem Grunde. Einen ersten Preis erhielt auch noch eine Arbeit des Malers Rosenhauer, einen zweiten Otto Blum, der Gestalter des prächtigen Vorzimmers der vorjährigen Ausstellung, lobende Anerkennungen zwei Entwürfe von Heinrich Göhle und Maler Weber, gleichfalls vorzügliche Arbeiten. Im Interesse einer erfreulichen künstlerischen Entwicklung deutscher Dekorationsmalerei, die mit der Vergangenheit gründlich aufräumt, müssen wir diese Ergebnisse aufrichtig willkommen heißen, und wir wollen nur hoffen, daß die Entwürfe nach den drei Tagen ihrer öffentlichen Ausstellung nicht gleich wieder in die Verborgenheit verschwinden, sondern in der kommenden Ausstellung als Wandschmuck uns aufs neue erfreuen. (Nachdruck verboten.) S. S.

Patentschau. Vom Patentbureau D. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigst. Auskünfte frei.

Argemelte Patente:

- Nr. 22g. D. 19 950. Verfahren zur Herstellung von als Farbenbindemittel, zur Herstellung von Lacken und zu Isolationszwecken geeigneten Körpern aus Zellulose, Stärke u. dergl. Fa. S. Dieffer, Chem. Laboratorium und Versuchstation für Handel und Industrie, Bärthel-Wollshofen. Ang. 24. 4. 08.
Nr. 22g. I. 28 188. Verfahren zur Herstellung weicher Metall- oder Karbonsäuren. Joh. Nic. Ludwig, Neustadt a. Rh. Ang. 4. 6. 09.
Nr. 75b. R. 28 120. Verfahren zum Uebertragen von gedruckten und anderen Bildern auf Steine und dergleichen durch Auflegen einer klüftigen Masse auf das Bild und Abwischen der Unterlage. N. L. de Nooy, Haarlem, Holl. Ang. 17. 3. 09.
Nr. 75c. W. 31 658. Verfahren zum Fixieren von auf gelatinisiertem Papier hergestellten Bestellmaterialien. Gust. Wolf, Karlsruhe i. B. Ang. 3. 3. 09.

Gebrauchsmuster:

- Nr. 9. 410 491. Füll-Pinsel. Frau Marie Goshler, Mülders i. Schl. Ang. 31. 1. 10.
Nr. 34. 411 002. Ineinanderziehbare, verstellbare Fensterletter für Glas- und Maler. Wih. Wittenberg, Hannover. Ang. 3. 2. 10.
Nr. 75c. 409 672. Vorrichtung zum Aufhängen von Malerpinseln. Leon Orjolewicz, Kattow. Ang. 24. 7. 09.
Nr. 75c. 409 785. Fußboden-Streichapparat. Wih. Brunnshöfer jr., Weibert. Ang. 30. 4. 08.

Literarisches.

Arbeitersekretariat Halle a. S. Jahresbericht für das zehnte Geschäftsjahr 1909, nebst Bericht des Gewerkschaftsstellens.

Zentralverband der Schmiede. Protokoll der Verhandlungen der 1. Konferenz der Seifenarbeiter Deutschlands, abgehalten am 18. und 19. Dezember 1909 zu Frankfurt a. M. Preis 75 Pf. Selbstverlag des Verbandes, Hamburg 1.

Jahresbericht für 1909 der Verwaltung der Linien des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nebst Bericht über das Ergebnis der statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berliner Holzarbeiter im Herbst 1909. (Berlin SO. 16, Gendelstr. 14/15.)

Kommunale Praxis. Wochenmarkt für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Die Hefte 9 und 10 sind erschienen. Wesentlich erweitert ein Heft. Abonnements pro Quartal 3 Mk. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Buchhändler entgegen. Probenummern versendet auf Verlangen gratis und franco der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Zur Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Leo Hirschfeld. Von dieser Arbeit, die als Heft 3 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek erschienen ist, gelangte soeben die 4. Auflage zur Ausgabe. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht verpassen, auf die Mühseligkeit des Heftes nochmals hinzuweisen. Preis 20 Pf. In besserer Ausstattung 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporture und Expeditionen oder direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts.

Biblische Geschichten. Von den unter diesem Titel aus der Feder des Genossen Max Maubron d. J. erscheinenden religionsgeschichtlichen Abhandlungen ist nunmehr auch Heft 5 zur Ausgabe gelangt. Der Inhalt des Heftes ist der folgende:

„Mojasische“ Gesetze. Die zehn Gebote. Die Bundesstiftung auf dem Sinai. Die Reform der zehn Gebote. Das Programm der levitischen Opposition. Die zehn Gebote des Elchisten. Das soziale Programm der Leviten. Benschpriehe vermischten Inhalts. Der endgültige Text der zehn Gebote. — Das große Reformgesetz vom Jahre 623. Das fünfte Buch Mose. Der Abfall von Jahwe. Das Monopol des Tempels von Jerusalem. Die Konzentration des Kultus. Soziale Gesetze. Die große Schilubede. Durchführung des Gesetzes im Jahre 623 vor Christus. Wirkungen der Reform. — Das Gesetzbuch des Esra. Die Gesetzgebung von 445 vor Christus. Der Briefter Esra. Das Gesetzbuch der Priesterchrift. Die treibenden Kräfte. Chronologie der mojasischen Gesetze. — Literatur. Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und kostet 1 Mk. Vollausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporture. Besondere Prospekt versendet auf Wunsch gratis und franco der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

In Freien Stunden. Romanbibliothek in Wochenheften. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis pro Heft 10 Pf. Die Hefte 7 und 8 sind uns zugegangen und haben folgenden Inhalt: Die Abendburg von Bruno Wille; (Fortsetzung). Romane von Theodor Mügge; (Fortsetzung). — Stoff aus Spinnengarn. — Ein Exorzismus. — Dies und Jenes. — Wit und Scherz. Bestellungen nehmen alle Zeitungsbedingungen, Buchhandlungen, Kolportage und Postanstalten entgegen.

Sterbetafel.

Berlin. Am 11. Februar starb der Kolll. August Haase, 45 Jahre alt (Bezirk Norden). — Am 1. März starb der Kollege Martin Gupfeld (Ladierer), 44 Jahre alt. — Am 10. März starb der Kollege Wilhelm Fraß, 48 Jahre alt (Bezirk Westen). — Dresden. Am 13. März verschied plötzlich die Kollegen Friedrich Gelunewski und Max Thiel. — Dortmund. Am 13. März starb nach längerem Leiden unser treues Mitglied Walter Rott aus Leipzig im Alter von 40 Jahren. — Dresden. Am 10. März verschied im Alter von 33 Jahren unser Kollege Richard Schmölke an einem Gehirnleiden. — Hamburg. Am 10. März starb unser Mitglied Paul Kramer im Alter von 24 Jahren. — Am 14. März starb unser treues Mitglied Peter Groß im Alter von 38 Jahren. — Weidenau. Nach zweijähriger schwerer Krankheit schied unser treuer Kollege Hädel freiwillig aus dem Leben. — Schönebeck a. E. Am 17. März starb nach schwerer Krankheit unser treues Mitglied Friedrich Möller im 20. Lebensjahre.

Chre ihrem Andenken!

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Bericht der Hauptkassa vom 15. bis 21. März. Eingefandt wurden für die Hauptkassa: Eisenach M. 50.—. Portiersparnis halber ersuche ich Geldsendungen an das Postkontenbuch zu richten Nr. 3392, Heinrich Wenter, Hamburg 22, Schmalenbenderstr. 17. Zahlkarten mit Vordruck werden auf Bestellung unentgeltlich gesandt. Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Paul Horn, Buchn. 71244, bez. bis 50. Woche 09 (Leipzig); Peter Brinz, Buchn. 54598, bez. bis 4. Woche 10 (Ebn); Heinrich Wüchling, Buchn. 77428, bez. bis 52. Woche 09 (Cassel); Ernst Brockenhammer, Buchn. 48368, bez. bis 52. Woche 09 (Berlin); Jakob Frenz, Buchn. 43899, bez.

bis 2. Woche 10 (Mainz); Roman Hauser, Buchn. 72200, bez. bis 52. Woche 09 (Karlsruhe); Hans Mädelmann, Buchn. 56319, bez. bis 52. Woche 09, (Hamburg); Paul Stegemann, Buchn. 76535, bez. bis 8. Woche 10 (Berlin); Otto Schröder, Buchn. 39057, bez. bis 52. Woche 09 (Dortmund); Herm. Puh, Buchn. 46873, bez. bis 4. Woche 10 (Zeilenroda).

Material wurde versandt: B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatmarken.

Bremen 1200 B. a 55 S., 800 B. a 20 S., 10 D. Coblenz 400 B. a 50 S., 30 C., Cuxhaven 20 C., Eberfeld 100 C., Flensburg 1200 B. a 60 S., 50 C., Göttingen 30 C., Heidelberg 1000 B. a 60 S., Kiel 3200 B. a 70 S., Lüdenscheid 400 B. a 60 S., 200 B. a 25 S., Mühlhausen (Elf.) 800 B. a 50 S., 400 B. a 25 S., Neumünster 800 B. a 60 S., Novawes 1200 B. a 60 S., Oldenburg 400 B. a 25 S., 50 C., Pforzheim 400 B. a 60 S., 200 B. a 25 S., 20 C., Plauen 50 C., Reichenbach 800 B. a 50 S., 10 C., Spandau 800 B. a 60 S., 400 B. a 20 S., 20 C., Straßburg 400 B. a 55 S.

Vom 3. Januar bis 28. Februar 1910 gingen für ausgezahlte Krankenunterstützung Scheine ein: Nachen M. 142.55, Altenburg 49.85, Meinersleben 6.50, Bamberg 31.15, Berlin 3659.65, Verburg 31.50, Hielefeld 23.—, Brandenburg 42.50, Braunschweig 253.90, Bremen 779.95, Bremerhaven 60.60, Breslau 508.15, Cassel 263.35, Chemnitz 477.65, Coburg 65.95, Köln 100.60, Cottbus 33.30, Erfeld 34.90, Grimnitzschau 8.10, Danzig 410.65, Darmstadt 802.20, Dessau 61.55, Detmold 9.55, Dortmund 79.85, Dresden 1272.75, Duisburg 39.95, Düsseldorf 122.70, Eberwalde 6.—, Eisenach 14.80, Eisenberg 16.80, Eberfeld 488.45, Emden 7.15, Erfurt 105.25, Eichwege 85.15, Essen 211.90, Flensburg 4.20, Forst 60.50, Frankfurt a. M. 1208.95, Frankfurt a. O. 45.55, Freiburg 143.15, Friedberg 22.90, Gera 56.50, Glauchau 10.80, Grlitz 39.40, Gotha 381.45, Göttingen 75.95, Graudenz 3.60, Greiz 29.05, Grünberg 20.15, Guben 2.60, Hagen 44.05, Halle 388.80, Hamburg 1343.70, Hannover 353.25, Heidelberg 113.60, Heilbronn 48.85, Herford 27.10, Hildesheim 47.25, Jena 32.45, Kaiserslautern 5.85, Karlsruhe 41.30, Kiel 450.85, Königsberg 19.90, Landau 30.—, Leipzig 8.25, Lützen 14.20, Lübeck 78.95, Lüneburg 30.60, Magdeburg 256.25, Mainz 831.25, Mannheim 292.45, Meerane 50.35, Meuselwitz 7.—, München 838.05, Münster 32.25, Naumburg 27.—, Neugersdorf 81.80, Neumünster 15.60, Neustadt 7.—, Novawes 76.30, Nürnberg 277.75, Oberstein 15.20, Oepeln 16.10, Oranienburg 1.50, Plauen 65.85, Posen 271.90, Potsdam 9.—, Rathenow 35.10, Recklinghausen 5.—, Regensburg 182.40, Reichenbach 16.—, Reichenhall 12.—, Rosenheim 8.—, Rostock 45.60, Saarbrücken 36.80, Schleswig 46.25, Schwerin 28.—, Siegen 20.—, Singen 9.50, Spandau 90.55, Stettin 70.70, Straßburg 145.10, Stuttgart 255.10, Thron 63.45, Tilsit 8.80, Trier 6.60,

Waldburg 34.50, Weimar 28.—, Weiskasser 14.95, Wiesbaden 596.—, Wilhelmshaven 40.95, Worms 5.20, Würzburg 172.95, Zwickau 11.—, Einzelmitglieder 27.80; in Summa 20680.45 M.

H. Wenter, Kassierer.

Zentral-Franken- und Sterbetafel

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands (Hauptkassensache Nr. 71.) Bericht des Hauptkassierers vom 13. bis 19. März 1910. Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingefandt von Schmid-Kiel M. 200.—, Hermann-Charlottenburg 500.—, Kothler-Adershof 100.—, Vertram-Hannover 200.—. Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgefandt an Wilmsh-Heidelberg M. 100.—, Franz-Landau i. Pfalz 100.—, Hartung-Altenau 50.—. Krankengelder erhielten Buchn. 14813, F. Rex in Eissa in Posen, M. 6.45; Buchn. 5500, W. Wolbe in Cassel, 13.50; Buchn. 7699, F. Hartmann in Lüneburg a. d. Lahn, 13.50; Buchn. 5599, N. Kolbe in Cassel, 27.—; Buchn. 29302, G. Feiertag in Waren i. Weckl., 13.50; Buchn. 19741, H. Möbius in Wallerstein i. Bayern, 13.50; Buchn. 33570, C. Lamm in Wellingsbittel bei Hamburg, 15.75; Buchn. 14054, N. Hietzschau in Graubenz, 13.50; Buchn. 12964, C. Jülle in Kanderin in Baden, 13.50; Buchn. 32394, D. Schröter in Großschirma in Sachsen, 13.50; Buchn. 5468, L. Bauer in Cassel, 13.50. Folgende Ortsverwaltungen haben 1909 die Revisionsberichte wiederholt nicht eingefandt; ich verweise auf § 15 Abs. 8 des Statuts: Ubolda, Baden-Waden, Bremerhaven, Burg bei Magdeburg, Coepnitz, Cottbus, Danzig, Darmstadt, Dessau, Düsseldorf, Eisleben, Essen a. d. Ruhr, Eßlingen, Flensburg, Fürstenwalde, Gelsenkirchen, Gera H. i. L., Hagen, Hamburg I, Hamm i. B., Harburg, Leipzig, Meerane, Mühlheim a. Rhein, Mühlentheim, Münster i. W., Neustadt a. d. Haardt, Oldenburg i. Gr., Oranienburg, Pforzheim, Reinscheid, Sachse, Solingen, Steglitz, Swinemünde, Waldburg i. Schl., Wandersbel, Weiskasser. H. Vulle, Hamburg 22, Schmalenbenderstr. 17.

Anzeigen.

Unser Verkehrs- und Versammlungsort befindet sich von jetzt ab im Gasthof „Zum Stern“ Waldenburg, Gottesbergerstr. M. 1.20] Filiale Waldenburg i. Schl.

Ord. Maler- u. Anstreicher-Gehilfen gegen hohen Lohn u. dauernde Stellung für sofort gesucht. — Wilh. Hilbrandt, Sferlohn-Brenne i. Weßf.

Malergeschäft gutgehend, in großem aufblühenden Orte (1800 Einw.), nächste Nähe von Pforzheim (Baden), ohne Konkurrenz, wegen anderweitigem Unternehmen sofort billig zu verkaufen. Erforderlich 800 Mark. Arbeit steht ziemlich bevor. Offerten unter A. Z. 9009 hauptpostlagerend Pforzheim.

Malunterricht für Holz, Marmor, Ornament, Blumen und Landschaft. Erste Lehrkräfte. Honorar billigst. Anmeldung zu jeder Zeit. W. Draheim, Berlin-Mittdorf, Schönstedtstr. 14.

Berlin. Abendunterricht in Holz- und Marmor-malerei, decorativer Gajurbehandlung, ornamental-Isarotechnischer Wischmalerei und Imitationen. — Monats-honorar 10 Mark. — Atelier: Kottbuser Ufer 36, IV., Fritz Brüder. Anmeldungen abends 7—8 Uhr oder schriftlich.

Der Neue Prospekt der Prachtvollen Schülerarbeiten vom Kunstgewerblichen Institut für Maler G. Schmid-Eugweiler, Zürich ist soeben erschienen und gratis erhältlich. Porto n. d. Schweiz f. Briefe 20, Karte 10 S. 50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc. Ph. Brühl, Gießen i. Weßf.

Filiale Erfurt.

Ortskrankenkasse der Maler und verw. Gewerbe, Berlin Bekanntmachung! Der 5. Nachtrag zum Statut, betreffend Abänderung der §§ 12, 19, 20, 28 und 39 ist durch den Bezirksausschuß genehmigt und tritt mit dem 28. März 1910 in Kraft. Der 5. Nachtrag wird vom Mittwoch, den 28. März 1910 ab im neuen Kassenlokal Schilderstraße 5 ausgegeben. Der Vorstand S. A.: Dertel, Vorsitzender.

Die grossen Erfolge welche unser Institut auch im letzten Semester zu verzeichnen hatte, bestehen darin, dass die Leistungen unserer Schüler auf verschiedenen Malertagen die höchsten Preise erhielten und heute schon zwei Herren die Berechtigung zum Einjährigen-Dienst erlangten. Schule für Holz- und Marmor-malerei und moderne Techniken von Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5 Lindenstrasse 19. Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Man verlange Prospekt.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren. Prospekt über das rühmlichst bekannte Mahlers Fondin Mahler & Co., Bamberg II. versendet gratis und franko

Maler-Kittel kaufen Sie am besten und billigsten in dem grössten Spezial-Geschäft für Berufskleidung Köhnen & Jöring Berlin, Hauptgeschäft und Versand: Alexanderstr. 12. Kittel in allen Preislagen von Mk. 2.— an. Hosen, Mützen, Schuhe. — Verlangen Sie franko unsere Preisliste. Filialen: RIXDORF, Bergstrasse Nr. 66, BERLIN, Landsberger Allee Nr. 148.

Empfehle den Genossen mein Fremden-Logis, sowie Mittags- und Abendtisch in reichhaltiger Auswahl. Zahlstelle der Filiale Berlin und des Wahlvereins. Hermann Stramm Berlin SO., Mitterstr. 123. Krieg- en können Sie bei mir nicht umsonst, aber gut und billig werden Sie bedient in Malerartikeln, Farben, Lacken, Pinseln, Tubenfarben und Malstiften. Verlangen Sie Preisliste. G. Job, Nürnberg 5, Zehelgasse 18.

Unser Arbeitsnachweis befindet sich nach wie vor im Restaurant des Kollegen Ferd. König, Markbargasse 6. Vermittlung zu jeder Tageszeit. [M 2.—

E. Karfreitag, Stuttgart Kronprinzstrasse 16 Farben, Lacke, Malutensilien Spezialität: Einrichtung kompl. Malerwerkstätten. Reelle fachm. Bedienung. Preisliste gratis. Image of a painter.

Büding's Maleranzug „In Einem“ D. N. G. M. Unerreicht in Zweckmäßigkeit und Billigkeit. Vollkommenster Anzug der Welt. Generalvertrieb für Deutschland: George Evans Ernst Merdstr. 12 Hamburg. Image of a painter in uniform.

Maler-Mäntel, beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegekragen. Nur eigenes Fabrikat. 110 120 130 140 cm lang jetzt 2.90 3.10 3.25 3.40 Mk. Hosen aus Messelstoff 2.— Mk. Mützen 40 S. Drell-Hosen und Jagden 3.— Mk. Extra-Orößen 3.30 Mk. 11. Qualität 25 S. billiger. Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben. D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 13, I. Der heutigen Nummer liegt bei Nr. 11 des Korrespondenzblattes für die Bewollmächtigten unserer Filialen bei. Für die Redaktion verantwortlich W. Marx, Hamburg, Schmalenbenderstraße 17. Verlag von G. Wenter, Hamburg 22, Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 28.

„Rosol“ Wanzentod, garantiert todsicheres Abtötmittel. Flüssig, kann auch beim tapezieren unter den Meißter gemengt werden. Verhilft so jedes Ungeziefer. Man verlange Offerte zum Wiederverkauf. Rosolwerk, Mannheim. Jeder Fachmann kauft seine Arbeitskleidung direkt im Spezialgeschäft von Ad. Wecker, Berlin C., Mühlendamm 3, überzeugen Sie sich durch Probe-Auftrag. Nur in Stoffe u. Verarbeitung. Preisliste frei.